

Tabak-Arbeiter

Organ der Tabakarbeiter und -Arbeiterinnen Deutschlands.

Der Tabak-Arbeiter erscheint jeden Sonnabend und ist durch alle Postanstalten, Buchhandlungen und Kolportage sowie durch die Expedition zu beziehen. — Preis vierteljährlich 75 Pfg. ohne Frangobahn, per Kreuzband 1.15 Mk.; monatlich 25 Pfg., per Kreuzband 89 Pfg. Vorausbezahlung.

Inserate müssen bis Dienstag früh in unserer Expedition aufgegeben sein. Die 5 gespaltene Zeile kostet 25 Pfg.; der Betrag ist voraus zu bezahlen. — Arbeitergesuche sind ausschließlich an das Bureau des Deutschen Tabakarbeiter-Verbandes, Bremen, Faulenstraße 58/60 II. zu senden.

Nr. 15

Sonntag, den 14. April

1912

Frauenwahlrecht.

Die große wirtschaftliche Umwälzung der großkapitalistischen Wirtschaftsepoche revolutioniert das politische Denken aller Völker, die den Grundzug der wirtschaftlichen Entwicklung erkannt haben oder die direkt von dieser Umwälzung nachteilig betroffen werden und darum tiefer über die Ursachen ihrer unvermeidlichen Benachteiligung nachdenken. In erster Linie natürlich die Arbeiter, die mit ihrer Arbeit den Grundstock der kapitalistischen Pyramide bilden. Aber auch vielen vom Kleinbetrieb beginnt es zu dämmern, daß ihr wirtschaftlicher Untergang mit dem Fortschreiten großkapitalistischer Produktion besiegelt ist.

Alle menschlichen, alle technischen und mechanischen Kräfte spannt das Großkapital in seine Dienste. Vor allem hat es die Frauennarbeit im Wirtschaftsgebiete der Völker zu einem vorher nie geahnten Faktor gemacht. In manchen Industrien hat sich die Frauennarbeit so entwickelt, daß sie die Arbeit der Männer stark verdrängt hat. Vorgezogen wurde die Frauennarbeit im allgemeinen wegen ihrer Billigkeit. Das starke Angebot der weiblichen Arbeitskraft reizte das profitgierige Unternehmertum zur Lohndrückung. Denn etwas anderes ist es nicht, wenn für die Arbeit, die Frauen gleich den Männern leisten, geringerer Lohn gezahlt wird.

Das starke Angebot weiblicher Arbeitskräfte hinwieder ergab sich aus der Neigung, die Löhne der Männer denkbar niedriger zu halten, woraus das Unglück stammt, daß von diesem Lohn die Familie des Arbeiters nicht ernährt werden kann, so daß auch die weiblichen Familienmitglieder ihre Arbeitskraft dem Kapitalismus zum Opfer bringen müssen. Genau so geht es den weiblichen Angehörigen des vom Großkapital an die Wand gedrückten Kleinhandwerks. Immer umfassender wird die Verwendung der weiblichen Arbeitskraft.

Dieser Umschwung lenkt das Denken der werktätigen Frauen in die gleiche Richtung, wie der arbeitenden Männer. Zwar gibt es heute leider noch viele Männer, die der weiblichen Industriearbeit feindselig gegenübersehen, doch das beruht auf der Unkenntnis der ganzen wirtschaftlichen Entwicklung. Die Klassenbewußten, organisierten Arbeiter dagegen sind bestrebt, der weiblichen Arbeit die volle Gleichberechtigung mit der der Männer in jeder Beziehung erringen zu helfen. Das Streben nach Gleichberechtigung bleibt aber nicht bei Fragen der Arbeitszeit, des Lohnes usw. stehen, sondern greift über das sozialpolitische Gebiet hinüber auf das politische. Sozialpolitische Gesetze werden nicht bloß für Männer gegeben, sondern auch für Frauen, deren Rechte und Interessen unter den heutigen Umständen nur von Männern in den Parlamenten vertreten und wahrgenommen werden können. Nach allem, aberkommenem Recht oder Unrecht. Das ist ein Zustand, der dem fortgeschrittenen Denken ebenso wenig entspricht, wie dem Stand der wirtschaftlichen Verhältnisse in der Gegenwart.

Daher streben die aufgeklärten Frauen mit aller Macht nach Anerkennung der Gleichberechtigung der Frauen auf allen öffentlichen Gebieten. Und wie die Gewerkschaften die Arbeiterinnen darin unterstützen, gleiche Stellung mit den Männern in der Warenproduktion zu erringen, wie die Gewerkschaften sie zur richtigen Erfassung ihrer Lage im Produktionsprozeß bringen, ihr Denken erglänzt auf das sozialpolitische Gebiet, so unterstützt die einzig wirkliche Arbeiterpartei, die Sozialdemokratie, das aus der darauf folgenden politischen Erkenntnis hervorgegangene Streben nach Gleichberechtigung auf politischem Gebiete.

Die Fundamentalforderung auf politischem Gebiete ist die des gleichen Wahlrechts, wie es die Männer besitzen. Für alle Reaktionäre ist diese Forderung so schreckhaft, wie für Preußens Junker die Forderung des allgemeinen, gleichen, direkten und geheimen Wahlrechts für den preußischen Landtag. Aber selbst sonst als nicht veränderte Reaktionäre anzusehende Männer sind so in Vorurteilen über die Stellung der Frau in der bürgerlichen Gesellschaft befangen, daß sie die üblichsten Argumente gegen die Forderung der politischen Gleichberechtigung der Frauen ins Feld führen. Echt spießbürgerliche Gründe sind die, die sich erstens aus Besorgnisse um die Ehe dagegen richten; dann folgt der Einwurf, der Beruf der Frau weise auf die Versorgung der Hauswirtschaft und die Erziehung der Familie. Tausendmal und mehr sind diese albernen Einwürfe entkräftet und es ist nachgewiesen worden, wie der Kapitalismus selbst die völlige Umwälzung der Ehe- und Familienverhältnisse besorgt, aber hartnäckig werden sie von den Gegnern des Strebens der Frauen wieder aufgenommen, obgleich sie angesichts der fortschreitenden Zerlegung der Ehe und Familie durch die kapitalistische Produktion immer aberner erscheinen.

Anderer Gründe sind konfessioneller Natur, wie beim Zentrum, das aus dogmatischen Gründen gegen das Frauenwahlrecht ist. Wieder andere stützen sich auf die körperlichen Unterschiede, und manche sprechen der weiblichen Gesellschaft überhaupt die Fähigkeit ab, die gleiche geistige Reife zu erlangen, wie die Männer, und was sonst des Unsinns noch mehr ist.

Indes hindern alle diese Einwürfe nicht das Fortschreiten der Frauenbewegung. Mit diesem Vordringen verschaffen sich die Forderungen der rastlos für ihre Gleichberechtigung kämpfenden Frauen mehr Geltung.

Am klarsten treten die Forderungen der proletarischen Frauen hervor; sie gehen aufs Ganze. Von einer verkehrten Taktik und von Ausschreitungen, wie der englischen Suffragetten halten sie sich fern. Auf der gleichen Bahn, wie die Sozialdemokratie, suchen sie unter Anwendung aller möglichen gesetzlichen Mittel ihr Ziel zu erreichen. So ist der auch in diesem Jahre wieder stattfindende Frauentag ein agitatorisches Förderungsmittel für die Frauenbewegung. Je mächtiger sie anschwillt, um so mehr trägt sie zur Stärkung der Sozialdemokratie, auch im Parlament, bei, wo sie die Forderungen der Frauen konsequent vertritt, weil ihr eigenes Programm die Gleichberechtigung beider Geschlechter verlangt.

Jüngst fand ein solcher sozialdemokratischer Frauentag in der Schweiz statt. An zahlreichen Orten wurden Frauenversammlungen mit Referaten über das Frauenwahlrecht abgehalten, in denen die vom schweizerischen Arbeiterinnenverband vorgelegte Resolution begeistert Annahme fand. Diese Resolution lautet:

„In der Erkenntnis, daß die Entwicklung des Kapitalismus das soziale Leben umgestaltet, indem die Frau der Häuslichkeit entzissen und zur produktiven Arbeiterin umgewandelt wird;

daß die Zahl der erwerbstätigen Frauen in Industrie und Handel und Gewerbe von Jahr zu Jahr mehr zunimmt als die weibliche Bevölkerung selbst;

daß durch die Umgestaltung der wirtschaftlichen Verhältnisse mit den neuen Pflichten den Frauen auch neue Rechte zukommen, die den Rechten der Männer gleich sind;

daß nur mit dem Besitze politischer Frauenrechte für die weibliche Arbeitskraft eine höhere Wertung eintritt, der eine höhere Entlohnung der männlichen Arbeiterschaft nachfolgt;

daß durch das öffentliche Wirken der Frau im Staat eine Hebung der Lebenshaltung zu erwarten ist; daß einzig mit Hilfe des organisierten Frauenproletariats die Ausbeutung des Menschen durch den Menschen dauernd beseitigt wird;

daß unter den politischen Parteien die Sozialdemokratie allein für diese Ziele kämpft;

beschließt der zweite schweizerische Frauentag: Die Vertreter der sozialdemokratischen Partei der Schweiz in den Behörden sind durch den nächsten Parteitag zu verpflichten, bei allen sich bietenden Gelegenheiten energisch einzutreten für das gleiche Stimm- und Wahlrecht der Frau, wie es den Männern durch die Staatsverfassung gewährleistet ist“

Mit solch klaren Anschauungen und Forderungen sind die sozialdemokratisch gesinnten Arbeiterinnen der bürgerlichen Frauenbewegung weit voraus, mit ihnen werden sie auch eher Erfolg haben, den wir ihnen schon um unserer selbst willen in reichem Maße wünschen.

Löhne und Nahrungsmittelsteuerung.

Was wird nicht alles versucht, um den Nachweis zu erbringen, daß die Lage der Arbeiter durchaus nicht so ungünstig sei, wie es durch die Feststellung der Löhne doch jedem Nichtkapitalisten bekannt ist. Jetzt, in der Zeit stark steigender Lebensmittelpreise, wird oft behauptet, die Löhne seien mehr gestiegen als die Preise für Nahrungsmittel. Das mag für gewisse Fälle zutreffen, die aber als Ausnahmen die Regel nur bestätigen, nämlich daß die Teuerung die Lage der Arbeiter ungünstiger macht, weil die Löhne nicht entsprechend steigen.

Gegen diese Tatsache wendet man vielfach die Ausflucht ein, daß die Teuerung doch nur eine Folge vorübergehender Erscheinungen sei. Damit will man andeuten, die Teuerung sei auch vorübergehend; aber jetzt zu behaupten magt man es doch nicht. Die ununterbrochene Steigerung der Preise, besonders seit Inkrafttreten des Wucherzollars, spricht auch zu deutlich das Gegenteil, so daß jedermann heute weiß, die Preise für Nahrungsmittel werden nicht zurückgehen, die Preisstabellen für die letzten Jahre lehren dies ebenfalls zu eindringlich.

Kann man also den Arbeitern, die doch wahrlich an ihrem eigenen Leibe spüren, wie unvollkommen ihre Ernährung infolge der unzureichenden Löhne ist, kein & für ein U vormachen, so lenkt man den Blick durch allerhand Erhebungen und Untersuchungen auf andere Wege.

Ob der deutsche Arbeiter bessere wirtschaftliche Verhältnisse hat als der englische oder umgekehrt; ob die Löhne wirklich nicht zu einer guten Ernährung ausreichen; ob nicht eine zweckmäßigere Ernährung auf irgendetwelchem Wege stattfinden könnte, und was sonst noch für Fragen aufgestellt werden, das lassen sich die Staatsmänner und Wissenschaftler der bürgerlichen Gesellschaft alles durch den Kopf gehen. Gutachten, Statistiken und mannigfache Untersuchungen sollen das alles klar stellen. Und doch sind alle diese Bemühungen „für die Kap“, solange die kapitalistische Profitwirtschaft weiter betrieben wird, weil diese doch immer wieder zu neuen Versuchen anreizt, die Arbeiter über's Ohr zu hauen.

Durch den Zolltarif, d. h. durch die künstliche Verteuerung der Warenpreise, die doch nur vorgenommen wurde, um den Kapitalprofit zu heben, sind die Arbeiter sogar unerschämter über's Ohr gehauen worden, deshalb richtet sich ihr Zorn gegen diese staatlich resp. gesetzlich geförderte Art der Ausbeutung des arbeitenden Volkes. Was daher dazu führen kann, die Bereicherung der Reichen durch Aushungerung des Volkes zu beseitigen, das muß geschehen.

Da interessiert es uns, daß Professor Hermann Levy in einem Aufsatz des Berliner Tageblattes zu dem Schlusse kommt, daß „vom Standpunkt der Ernährungspolitik immer der Kampf gegen die Fülle den Ausgangspunkt und Mittelpunkt wird bilden müssen, nicht weil wir eine Weltsteuerung haben, sondern weil die Schwerkraft — abgesehen wie die Weltmarktpreise stehen — die der ökonomischen Entwicklung Deutschlands gemäße Ernährungsweise künstlich verflummern“. Mit anderen Worten, daß die Fülle die so wie so vorhandene Unterernährung der arbeitenden Klassen noch verschlimmert.

Und die Schafgeduld, mit der die Arbeiter diese Hungerzucht über sich ergehen lassen, schildert Professor Levy in folgender Umschreibung:

„Der deutsche Arbeiter ist eben gegenüber einer Teuerung von Brot und Fleisch physiologisch noch widerstandsfähiger, als es der englische sein würde. Er ist ferner „ökonomischer“. Er ist endlich vom sozialen Standpunkt bescheidener. Nur so ist es zu erklären, daß bisher die Wirkungen der Zollpolitik und der durch sie übertriebenen Teuerung nicht weit verheerender auf ihn gewirkt haben“. Was freilich Herr Levy für die physiologisch größere Widerstandsfähigkeit des deutschen Arbeiters ansieht, das riecht uns zu sehr nach Studierstube, als daß wir es ohne weiteres zugeben könnten. Obschon es richtig sein mag, daß je nach der Beschäftigung der Arbeiter auch die Ernährungsweise eine unterschiedliche sein muß und daß hierauf viel zu wenig Rücksicht genommen wird. Der Arbeiter kann aber keine Rücksicht darauf nehmen und sich eine andere Ernährungsweise wählen, weil ihm das eben sein elender Lohn nicht gestattet.

„Ökonomischer“ ist nach Herrn Levy der deutsche Arbeiter, weil er an Stelle eines eintönigen Speisetzettels einen vielgestaltigeren setzt, mit Hilfe der Verwertung aller möglichen den Engländern unbekanntem Nahrungsmittel, wie Sauerkraut, Linsen, Erbsen, Hackfleisch und Würste. Damit werde in Teuerungzeiten eine Surrogierung erleichtert. Die deutsche Hausfrau könne demnach ihre Küche ökonomischer besorgen.

Uns will es scheinen, daß diese ökonomischere Küche nur ein Notbehelf ist, weil die Mittel zu einer kräftigeren Kost fehlen. Die Ernährung durch diese „ökonomische“ Kochkunst ist eine unterwertige. Solange der Mangel in der Küche des Arbeiters herrscht, ist es auch schwer möglich, den Prinzipien Geltung zu verschaffen, die Professor Levy aufstellt, nämlich, daß es sich zur Beurteilung der Wirkung hoher Lebensmittelpreise auf den Ernährungsstandpunkt darum handeln müsse, nahrungshygiologische Prinzipien mit den bestehenden ökonomischen Verhältnissen in Zusammenhang zu bringen. Jede genaue Untersuchung, nach dieser Anweisung vorgenommen, müßte ergeben, daß die Löhne der Arbeiter zu niedrig sind, um nahrungshygiologischen Ernährungsprinzipien zu entsprechen.

Zur Erklärung dieser Prinzipien führt Professor Levy unter anderem aus, „daß die Nahrung des Menschen sich unter anderem nach der Menge der von ihm geleisteten Muskelarbeit richtet. So ergibt sich unter anderem, daß eine Verteuerung des Fleisches ganz anders auf diejenigen wirken muß, die infolge der Eigenart ihrer muskulintensiven Beschäftigung wenig an kalorienreicher oder eiweißkonzentrierender Nahrung

zang zu sich zu nehmen brauchen, als auf diejenigen, die eine ruhigere oder gar eine sitzende Beschäftigung haben. Eine Verteuerung des Fleisches also wird in ihrer Wirkung auf beide Klassen — sagen wir den Landarbeiter und etwa den Zigarrenarbeiter — ganz anders zu beurteilen sein! Während bei dem einen eine Einschränkung des Fleischkonsums unmittelbar zur Unterernährung führt, wird bei dem anderen, für den der Fleischkonsum weit weniger wichtig ist, unter einer Einschränkung weniger leiden."

Und weiter hebt er hervor, „daß der Brotkonsum der arbeitenden Klassen in England Weißbrotkonsum sei, während in Deutschland das zwar billigere, aber doch sehr „nährhafte“ Schwarzbrot gegessen werde. Nun ist es sicherlich kein Zufall, daß das industriell am stärksten entwickelte England schon seit langem fast ausschließlich Weißbrot genießt, wenn dies auch manchmal wie ein „Vorurteil“ erscheinen mag. Auch wir in Deutschland tendieren mehr und mehr zum weißen Brot. Und in England wiederum habe ich auf dem Lande und besonders in entlegenen Landteilen oft ein ganz unenglisches Schwarzbrot gegessen. Sicherlich ist es die Industrialisierung, das Städteleben, die minder mühseligen Beschäftigungen der gewerblichen Klassen im Vergleich zu den ländlichen, welche das sehr nährnde Roggenbrot zugunsten des Weizenbrots verdrängt, das leichter verdaulich ist. Es wäre also sehr wohl denkbar, daß ein deutscher Arbeiter derselben Beschäftigung wie ein englischer oder gar ein kaufmännischer Angestellter, der die gleiche Menge Brot genießt wie ein gleichbeschäftigter Engländer, schon dadurch gegenüber jenem schlechter genährt erscheinen müßte, weil er gezwungen ist, an dem billigeren, aber physiologisch für ihn minder wertvollen Roggenbrot festzuhalten."

Nun wird dem deutschen Arbeiter aber selbst das billigere Roggenbrot verteuert durch die Kornzölle, er muß deshalb die noch billigere Kartoffelnahrung mehr in Anspruch nehmen. Da sollte man, ohne erst noch lange Untersuchungen anzustellen, alle Kraft nur darauf verwenden, die Zölle unter allen Umständen zu beseitigen.

Aber Weisheit letzter Schluss ist aber, nicht nur höhere Löhne müssen den Arbeitern gewährt werden, solange die kapitalistische Produktion besteht, sondern es muß auf die Erziehung dieser Produktionsform durch eine höhere hingedringt werden, die eine gemeinsame, nach besten physiologischen Prinzipien gerichtete Ernährung aller arbeitenden Menschen ermöglicht. Das wird die sozialistische Produktionsmethode sein.

Wehe den Besiegten.

Eine eigne Streikjustiz hat sich nach dem Streit der Kohlenbergleute im Ruhrrevier aufgetan. Seitdem nach dem Ausfall der letzten Reichstagswahlen die Ansichten auf ein besonderes Buchhausgesetz gegen Streikende mehr und mehr schwinden, verlangen die blindwütigen Ausbeuter frech und frei eine Umwertung der streikenden Arbeiter auf Grund der gemeinen Gesetze. Im preussischen Herrenhause richtete der Bechenbesitzer Weidtmann an den Minister die Aufforderung, im Ruhrrevier schleunigst ein Exemplar zu statuieren. Und in der Tat, die Bechengehälften können zufrieden sein mit der schnellen Justiz, die im Streikgebiet geübt wird.

Begen „Streikverbrechen“ müssen dort weit über 2000 Personen vor den Gerichten erscheinen. Bis Anfang April waren rund 100 Personen zu ja. 22 Jahren Gefängnis bereits verurteilt, Strafen — die in weiten Kreisen höchsten Erbarmen, in den Kohlenarbeiterkreisen aber tiefsteren Haß hervorrufen müssen. Und da der „Verbrecher“ so viele sind, ist eine 2. Streikstrafkammer eingerichtet worden. Wenn diese Art Justiz Schule macht, dann müssen die Gerichte in Deutschland verdoppelt werden, mindestens ebenso die Gefängnisse. Ein verbrecherisches „Fuhr!“ oder gar das Wort „Streikverbrecher“ wird im Mindestmaß mit einem Monat Gefängnis bestraft. Wenn das so fort geht, dann wird binnen kurzem Deutschland ein einziges großes Buchhaus werden ohne Buchausgesetz.

Ueber diese neue Art von Straffjustiz werden Berichte veröffentlicht, die zuweilen ganz unglücklich klingen. Aber man hört nichts, daß der Justizminister Preußens die Justiz zu bewahren sucht vor dem schnellen Sinken ihres Ansehens. Die Urteile würden kaum anders ausfallen, wenn sie von den Bechenbesitzern selbst gefällt würden. Nach Ansicht der so vorgehenden Richter sind alle die kleinen Vergehen, die bei jedem Streit vorkommen, aus gemeinen Motiven entpringen. Die Richter, den besitzenden Klassen angehörig, urteilen nach der Auffassung dieser Klassen, die erst die Schuld tragen für das Vorkommen solcher Übertretungen und sie doch in Grund und Boden verdammen.

Wie sich die Dinge vor Gericht abspielen, das ist aus folgenden kurzen Angaben zu ersehen. Ein etwa fehlender Strafantrag wird im Gerichtssaal nachgeholt. Der Staatsanwalt bemüht sich erforderlichenfalls persönlich. Und auch von Seiten der Richter geschieht manch ungewohnte Handlung. Fortgesetzt stellen die Gerichte nach wie vor selbst bei Strafen von einem Monat „Fluchtwort“ fest. Die Ladung von Entlastungszugenen wird von Schöffengerichtern mit der mehr als sonderbaren Begründung abgelehnt, daß diese doch das Zeugnis des eidlich vernommenen Gendarmen nicht zu erschüttern vermöchten!

Daß mit einem derartigen Vorgehen, das von der Abschreckungstheorie geleitet wird, die Arbeiter von künftigen Kämpfen abgehalten werden könnten, wird von keinem vernünftigen Menschen angenommen. Vielmehr folgt in der Regel der Abschreckungstheorie die Regeltungstheorie. Man sit Wind und erntet Sturm! Die herrschenden Kreise haben jedoch nichts gelernt und nichts vergessen. So wagen sie denn immer tapfer dazu beitragen, daß sich die bürgerliche Gesellschaft abwärts bewegt.

Der „Vorwärts“ schreibt unter anderem zu diesem gerichtlichen Verfahren: Das Neue, das uns das Malten der Streikjustiz im Ruhrgebiet bringt, liegt nicht in den hohen

Strafen und der Häufung der Streitprozesse. Das sind Erscheinungen, die wir bei jedem großen Streit, wenn auch selten, mit solcher Intensität feststellen können. Das Charakteristische liegt vielmehr in erster Linie in der systematischen Überkraftung des Gerichtsverfassungsgesetzes und der Strafprozessordnung, die wir dort erleben.

Ein Verstoß gegen den Sinn und wohl auch gegen den Wortlaut des Gerichtsverfassungsgesetzes ist schon die Bildung besonderer Kammern bei den Landgerichten des Ruhrreviers zur Aburteilung streikender Arbeiter wegen angeblicher Streikvergehen. Der § 16 des Gerichtsverfassungsgesetzes schreibt ausdrücklich als Grundlag unserer Gerichtsverfassung vor: „Ausnahme gerichte sind unstatthaft.“ Die durch das Reich bestimmte Ordnung der Gerichte darf nur reichsgesetzlich verdrängt werden, heißt es in den „Motiven“ des Gerichtsverfassungsgesetzes bei der Erörterung dieses Paragraphen. Durch die Sonderkammern im Ruhrrevier für Streikfälle ist aber diese Ordnung — um in dem Deutsch der „Motive“ zu sprechen — ohne Reichsgesetz verdrängt worden! Zweck der erwähnten Gesetzesbestimmung ist es, zu verhüten, daß bestimmte Sachen vor bestimmte Richter gebracht werden, von denen man von vornherein annehmen kann, daß sie in diesen Sachen besonders hart oder besonders milde urteilen werden. Deshalb ist ein jeder nach derartigen Grundsätzen gebildeter Gerichtshof ein „Ausnahme gericht“ im Sinne des Gerichtsverfassungsgesetzes und mithin nach § 16 dieses Gesetzes unstatthaft.

Von einer ganzen Anzahl typischer Fälle von Verurteilungen wollen wir nur den nachstehenden anführen. Vor dem Schöffengericht in Wuer hatte sich der Bergmann J., Mitglied des katholischen Kirchenvorstandes wegen Streikvergehens zu verantworten.

Was der Angeklagte zu seiner Verteidigung anführte, ist ein treffender Beweis dafür, wie die Polizei in den Streittagen gewütet hat. Er habe nicht mitgestreikt und einen Kameraden besucht, der in der Deventerstraße wohnte. Als er wieder nach Hause zu gehen beabsichtigte, sei der Gendarm Nagulshewski auf ihn zugetreten. Ohne irgendwelchen Grund sei er sofort von diesem mit dem Karabiner gestoßen und geschlagen worden, und zwar in den Rücken, auf den Kopf und ins Gesicht. Um weiteren Mißhandlungen auszuweichen, sei er zurückgelaufen. Hierbei sei er auf den Hof eines ihm bekannten Kameraden gelangt, der mit mehreren anderen Personen Zeuge der Mißhandlung gewesen sei. Kaum sei er mit diesem ins Gespräch gekommen, als wieder der Gendarm erschienen sei und ihn mit Kolbenstößen auf die Straße trieb. Von den Kolbenstößen bekaßt, sei er verhaftet und abgeführt worden. Des Nachts seien in der Zelle zwei Schutzleute erschienen. Der eine habe ihn sofort mit dem Karabinerkolben vor die Brust gestoßen, daß er rücklings auf die Britische gefallen sei, dann habe ihn der andere mit einem Gummischlauch auf den Kopf geschlagen. Die Schutzleute hätten die Nummern 290 und 291 getragen.

Am andern Morgen sei er dem Polizeikommissar und dem Amtmann vorgeführt worden, die ihn persönlich gekannt und seine Freilassung verfügt hätten. Als er auf den Korridor getreten sei, hätten ihn die beiden Schutzleute wieder verhaftet, dann aber auf den Hinweis, daß er erst eben aus der Haft entlassen sei, freigegeben.

Dem Angeklagten, der ohne Verteidigung war, mußte diese Schilderung preussischer Behandlung wenig. Ein Polizeibeamter befandete nämlich, daß er der Aufforderung, sich zu entfernen, nicht nachgekommen sei. Der Gendarm sowie die Schutzleute, von denen der Angeklagte mißhandelt sein will, sind nicht als Zeugen geladen. Urteil: 14 Tage Gefängnis.

So verfährt der Klassenstaat gegen Arbeiter. Hinzugefügt sei nur noch, daß der Verräter der Christen erst noch Wasser auf die Mühlen der Klassenjustiz geleitet hat.

Rundscha.

Freisprechung wegen Vereinsgesetzverstoßes. Vor dem Landgericht in Kleve ist am 1. April die Zahlstellenleitung der Leberarbeiter freigesprochen worden. Die Zahlstelle sollte als politischer Verein gelten, weil in einer aus ihrem Stiftungsfeste gehaltenen Rede einige politische Wendungen enthalten waren. Die Berufungsinstanz stellte sich jedoch auf den Standpunkt, daß wegen Äußerungen einzelner Personen ein Verein nicht für politisch erklärt werden könne, weshalb dann auch Freisprechung erfolgte. Die Christlichen hatten sich also vergeblich erbötig gemacht, die Klever Zahlstelle durch Denunziationen zur Auflösung zu bringen.

Wänderung der Reichskasse. Die Verhältnisse auf dem Getreidemarkt haben die Ausfuhr in den letzten Monaten stark gefördert! Dank unserer famosen Zoll- und Einfuhrschneidern machen unsere Exporteure dabei ein feines Geschäft, indem sie zu dem im Inlande erzielten Preise die Ausfuhrprämie einstreifen. Im Januar dieses Jahres wurden über eine Million Mark mehr Zollbeiträge durch Einfuhrscheine beglichen, als im selben Monat des vergangenen Jahres. Ganz enorm ist die Wänderung der Reichskasse seit Geltung der höheren Zölle und damit der höheren Ausfuhrprämien gestiegen. Die im Januar der aufgeführten Jahre mittels Einfuhrscheins beglichenen Zölle ergaben folgende Beträge:

1906	2 199 143
1907	4 709 670
1908	6 175 254
1909	10 184 123
1910	11 914 571
1911	12 039 579
1912	13 692 396

Besonders muß darauf hingewiesen werden, daß wir viel mehr Roggen exportieren, als einführen. Der Ausfuhrüberschuß betrug in der Zeit vom 1. August bis 31. Januar der drei letzten Jahre 167 500 Tonnen und zuletzt 362 241

Tonnen. Für die letzten sechs Monate ergibt sich somit ein direkter Zuschuß aus der Reichskasse für die Ausfuhr von 18 112 075 M. — Für die dringendsten Kulturaufgaben haben wir kein Geld. Dafür zahlen wir aber den Junkern viele Millionen Mark an Liebesgaben — damit der Preis im Inlande in die Höhe gehe!

Wem nützen die Getreidezölle? In Baden hat der Vorsteher des dortigen statistischen Bureaus, Regierungsrat Dr. Mor. Hecht, eine Erhebung über den Verkauf von Getreide veranstaltet, wobei sich ergab, daß 70,7 Prozent aller landwirtschaftlichen Familien ein Interesse gegen Getreidezölle hatten, 14,8 Prozent ohne Interesse daran waren, weil sich bei ihnen Verkauf und Zulauf ausglich; 7,9 Prozent hatten ein geringfügiges, 6,2 Prozent ein nünftiges und nur 0,8 Prozent ein erhebliches Interesse am Verkauf von Getreide. Dabei ist hier noch nicht berücksichtigt, inwieweit dem Verkaufinteresse nicht etwa ein erheblicher Nachteil durch die mit den Getreidezöllen herbeigeführte Steigerung auch der Ausgaben gegenübersteht. Hohe Getreidepreise beziehungsweise Zölle sind der Ausdehnung des landwirtschaftlichen Großbetriebes auf Kosten des Bauernlandes förderlich. In England ist der Bauer während der Periode hoher Getreidepreise und Zölle vollständig verschwunden.

Die Fleischpreise steigen weiter. Nach der amtlichen Statistik, die über die Durchschnittspreise von 50 Hauptmarktorten Preußens geführt wird, sind die Fleischpreise in der ersten Hälfte des März dieses Jahres im Vergleich zur zweiten Hälfte des Februar noch weiter in die Höhe gegangen. Das Rindfleisch stieg pro Kilogramm von 169,5 auf 170,1 S, das Kalbfleisch von 186,8 auf 186,9, das Hammelfleisch von 173,6 auf 174,1, das Schweinefleisch von 145,2 auf 146,3, der Schinken beim Verkauf im ganzen von 245,3 auf 246,0, im Anschnitt von 343,2 auf 344,1, Speck von 168,3 auf 168,7 S. — Und doch ist die Teuerung nach der Meinung derjenigen, die sie nicht zu spüren bekommen, gar nicht vorhanden!

Wer hält die Gelben aus? Wichtige Frage, um doch stets von Interesse. Man kennt die verschiedenen Konten in den Büchern des Unternehmertums, die Kunde geben von den diversen hundert oder tausend Märkten für die geliebte gelbe Sumpfsprache. Einen neuen Beweis dafür liefert wieder ein vertrauliches Schreiben, das der „Vollzeitung“ für das „Mildehals“ aus Würzen bei Leipzig auf den Tisch flog, wo die Unternehmer einen gelben Verein ins Leben gerufen haben. Das Schreiben lautet:

Vertraulich! P. P. 19. 3. 12.
Wie aus der Beschlusse ersichtlich, ist der Verein begründet, und damit die von der Sozialdemokratie etwas bebrängten Mitglieder Mut empfinden, habe ich der Würzener Bank für den Verein
2000 M zur Sicherung der Unterstützungsgelder und
1000 „ für den Sekretärsgehalt,
3000 „ abschlägig auf unsere Beitragsleistungen
überweisen lassen.
O. W. b. B. S. J.
D. B.

Das geheimnisvolle Signum kann gedeutet werden: Ortsverwaltung Würzen des Verbandes Sächsischer Industrieller. Der Vorstand. Ob das stimmt, können wir nicht sagen, aber dem Wesen dieser Organisation würde es vollkommen entsprechen, wenn die Gelben harte Taler aus dem Geldsack der sächsischen Industriellen erhalten. Aber es ist gleichgültig, ob das Geld von einem Verbands oder einem einzelnen Unternehmer kommt; die Tatsache, daß Unternehmern Geld in die weiten Taschen der Gelben fließt, wird von neuem bestätigt.

„Für Streikende gesperrt!“ Wie leicht man im Lande des Ochsenkopfs mit Streikenden fertig wird, zeigt folgende Notiz eines medlenburgischen Blättchens:

Streik, 28. März. Streik-Gegenmaßnahmen des Magistrats. Zur gestrigen Notiz ist zu berichten, daß am Brandenburger Tor (auf der Seite der Brandenburgerstraße) eine Tafel angebracht ist, welche die Aufschrift trägt: „Diese Straße ist bis auf weiteres für Streikende gesperrt. Der Magistrat.“

Da bemühen sich die Scharfmacher, Klassenrichter und Polizisten vom Polizeihund bis zum Herrn v. Jagow jahraus jahrein, auszukübeln, wie Streikende schikanieren und an der Ausübung ihres Rechts, des Streikpostenstehens, verhindert werden können. Der Erfolg dieser Herrschaften war bisher ein kläglich. Und nun kommt der Magistrat von Strelitz her und „löst“ diese klägliche Frage auf die einfachste Weise von der Welt. Eine simple Tafel mit einer noch simpleren Aufschrift an passender Stelle aufgehängt, ist das Radikalmittel, streikende Helfer unschädlich zu machen. Die Streikenden brauchen nur einen Blick auf die Tafel zu werfen und sie sind „besiegt“. Geknickt lehren sie um, bereuen ihre Mißtat und stehen den Kranten Iniefällig um Verzeihung und Wiederaufnahme in die Arbeit an. Heil dir, Magistrat von Strelitz, dein Ruhm kommt dem der Ratsherren von Schilda fast gleich!

Der „Streitterrorisierende“ Knabe. Nun haben sich sogar Jugendgerichte mit „Streikverbrechen“ zu befassen. In Kronach hatten die Spolatorendrehler der Porzellanfabrik von Kühnlenz die Arbeit eingestellt. Die Firma suchte Arbeitswillige, worauf sich auch ein fünfzehnjähriger Junge meldete. Der gleichaltrige Dreherlehrling Simon stellte den arbeitswilligen Altersgenossen deshalb zur Rede. Der Vorfall kam zur Kenntnis der Behörde und der „Terrorist“ hatte sich wegen Beschimpfung des arbeitswilligen Jugendlichen vor Gericht zu verantworten. Das Gericht sprach den „Angeklagten frei“ und legte die Kosten der Staatskasse auf.

Fürsorgezöglinge als Streikverbrecher! Am 1. April dieses Jahres legten 75 Zuhrlente und Kutscher in Landsberg a. W. die Arbeit nieder, da die Unternehmer sich weigerten, in Verhandlungen über Regelung der Lohn- und Arbeitsverhältnisse mit der Organisation der Arbeiter einzutreten.

Die Verhältnisse dieser Arbeiter sind noch klagtraurige: 80 und mehr Stunden Arbeitszeit pro Woche

Hohe Tabakpreise verringern das Einkommen der Tabakarbeiter!

In Amsterdam, dem Haupthandelsplatz für Java- und Sumatratobak, finden gegenwärtig, wie alljährlich um die Frühjahrszeit, die Einschreibungen statt. Aus fast allen Ländern mit Zigarrenindustrie kommen die Tabakhändler und Fabrikanten, um dort nach Möglichkeit, ihren Bedarf an Java und Sumatra bis zur nächsten Ernte zu decken. Mehr noch als Java in seinen Vorstufenlandensorten ist Sumatra das begehrte Deckblatt unserer Zeit. Wie die Berichte der Fachblätter zeigen, ist der Zulauf an Käufern in Amsterdam in diesem Jahre größer als bisher, und Preise sind gezahlt worden, die die bisherigen Rekordpreise übersteigen und die man nicht für möglich gehalten hätte. Namentlich unsere deutschen Fabrikanten kämen, wie immer, in hellen Scharen nach der Metropole des Tabakhandels und sollen für einzelne Sorten ganz exorbitante Preise geboten haben. Man rehet heutzutage schon von Phantastepreisen. Und trotz alledem ist die Zufuhr nicht, etwa aus Anlaß einer quantitativ ungünstigen Ernte, zurückgegangen; auch sind die gesteigerten Preise nicht durch eine gesteigerte Deckfähigkeit oder sonstige günstigere Qualitäten gerechtfertigt; wie denn ja überhaupt leichtere Erscheinungen nicht allemal einen höheren Preis bedingen, sondern die allgemeine Marktlage betrachtet, wirken wesentlich preisbildend Angebot und Nachfrage in bezug auf das Gesamtquantum. Ein Umstand jedoch, den wir für den Augenblick einmal als qualitativ gelten lassen wollen, spielt gegenwärtig eine unangenehme Hauptrolle bei der Preisbildung in Java- und Sumatratobak. Wir meinen natürlich die Narretei der hellen Farben. Diese Narretei hat auch heuer ihren üblichen Anteil an der Preissteigerung.

Aber unter normalen Erntebedingungen kann eine Modetranke, wie sie sich in dem Verlangen nach hellem Deckblatt äußert, nicht allein ausschlaggebend für die bedeutende Preissteigerung der letzten Jahre auf dem gesamten Tabakmarkt sein. Der vermehrte Verbrauch infolge erhöhter Produktion von Tabakfabrikaten veranlaßt das Steigen der Tabakpreise, wenn nicht gleichzeitig der Tabakbau seine Produktion steigert; das trifft im allgemeinen wie auf einzelne Produktionsgebiete zu. So zog der Java- und Sumatrapreis erheblich an, als die amerikanischen Zigarrenproduzenten sich zur Verarbeitung dieser Tabakansichten und als Käufer in Holland entschieden. Die Nachfrage wurde eben größer. Nicht immer ist es die sich mit mehr oder weniger Energie natürlich entwickelnde Produktion allein, die den Bedarf hinsichtlich der verschiedenen Sorten Rohstoff beeinflusst. Besondere Verhältnisse können die Produktion in andere, meistens ungewollte Bahnen drängen. Das ist auch bei uns in Deutschland durch die Zoll- und Steuergesetzgebung geschehen; namentlich die Wertsteuer hat nach dieser Richtung unheilvoll genug gewirkt. Auch in anderen Ländern, in denen die Tabakindustrie zu fiskalischen Zwecken gemißbraucht wird, sei es in Form von Monopolen, Regie oder Steuer- und Zollgesetzen, ist die Entwicklung mehr oder weniger aus der natürlichen Bahn gedrängt worden. Wird nun der Bedarf an Rohmaterial durch solche plötzliche und willkürlich hervorgerufene Veränderungen in der Fabrikation beeinflusst, so muß das, zumal wenn wir den großen Anteil Deutschlands an der Produktion von Tabakfabrikaten in Rechnung stellen, einen Einfluß auf den Tabakmarkt ausüben.

Unbestritten hat die Wertsteuer eine große Umwälzung z. B. in der Zigarrenfabrikation gebracht, indem Fasson, Größe, Gewicht und schließlich auch Ausstattung der Ware in ein anderes Verhältnis zum Wert derselben gebracht wurden; vielfach aber mußte Qualität- und Wertverhältnis sich ändern, um die hohe steuerliche Belastung auszugleichen. Und dabei kommen wir zu der Verschiebung im Rohstoffbedarf. Keineswegs kann geleugnet werden, daß nicht auch ohne gesetzgeberische Einwirkung auf die Tabakindustrie die Rohstoffpreise aus Gründen allgemein volkswirtschaftlicher Art gestiegen wären; doch nicht in dem Maße wie jetzt. Hat doch gerade die deutsche Tabakindustrie zur unnatürlichen Erhöhung der Rohstoffpreise am erheblichsten beigetragen. So wurde nach der Wertsteuer die Nachfrage nach billigerem Tabak bedeutend größer, was zur Folge hatte, daß auch hier die Preise erheblich anstiegen.

Man kann einwenden, daß, wenn der Bedarf sich mehr auf die billigeren Tabaksorten erstreckt, doch bei der teureren eine geringere Nachfrage entsteht und damit eine Preisherabsetzung erfolgen muß. Demgegenüber möchten wir jedoch betonen, daß die ganz teuren Tabake, soweit Java und Sumatra in Frage kommen (Cavana hat ja in der Fabrikation keine solche Bedeutung), heute nicht immer Qualitätstabak ausgesuchter Art sind und meistens nur wegen der Farbe, wir möchten fast sagen Liebhaberpreise erzielen. Freilich, wir wissen wohl: die liebe Konkurrenz! Im übrigen ist zu berücksichtigen, daß ja nicht Deckblatt allein verbraucht wird und man der gewünschten blauen Hülle einen schlechteren Kern gibt. Da neun Zehntel der Tabakfabrikate in mittleren und geringeren Preislagen hergestellt werden, eine Preissteigerung gerade bei diesen am schwersten möglich ist, sind die Fabri-

kanten infolge der Wertsteuer gezwungen, neben anderen Produktionsverbesserungen auch an die Verarbeitung geringwertigeren Rohstoffs zu denken.

Ist dies alles den Tabakarbeitern gleichgültig? Nein! Sie haben ein großes Interesse an billigem Rohstoff! Auch wenn keine Produktionsbeschränkungen zu erwarten gewesen wären, müßten die Tabakarbeiter gegen die Wertsteuer Sturm laufen; selbst bei Garantie unverminderter Stücklohn hätten sie sich gegen die Wertsteuer gewehrt.

Die Tabakarbeiter sind bekanntlich in der Mehrzahl im Akkordlohnverhältnis beschäftigt; in der Zigarren-, Zigaretten- und Kautabakindustrie ist die Akkordarbeit so gut wie allgemein. Um bei gleichbleibenden Löhnen immer gleichen Verdienst erzielen zu können, ist die Vierung eines für die Verarbeitung ständig gleich geeigneten Materials nötig. Der Zigarrenarbeiter z. B. weiß, wie sehr ein schlechterer Tabak ihn plötzlich an der Fertigstellung der täglich oder wöchentlich vorgenommenen Stückzahl und damit am Verdienst hindert. Wird der Tabak teurer, sehen sich die Fabrikanten deshalb gezwungen, billigere Tabake einzukaufen, so muß das auch bei dem Verdienst der Tabakarbeiter zum Ausdruck kommen, denn der billigere Tabak ist nicht immer nur qualitativ schlechter, sondern sehr häufig auch von geringerer Ergiebigkeit, so daß an Decke oder Umblatt pro Mille poundsviel mehr gebraucht wird. Wenn in solchen Fällen keine Lohnhöhung ausgleichend wirkt, muß der Tabakarbeiter von seinem Verdienst, der ja ohnehin gering genug ist, opfern, oder eine größere Arbeitsleistung durch verlängerte Arbeitszeit oder gesteigerte Intensität hergeben; meistens geschieht wohl beides. Vergewissern wir uns einmal, daß bei den Tabakpreisen für mittlere und bessere Sorten immer mehr Deckblatt zweiter und dritter Länge oder Stückblatt verarbeitet wird, und berüchtigtiger noch, daß obendrein bei diesen Sorten schwierigere Fassons in Frage kommen, so kann kein Zweifel darüber sein, daß der Arbeiter den Schaden davon hat. Die für die Herstellung einer Zigarre verwendete Zeit ist so gering, und die dafür erforderlichen Handgriffe sind so wenig und so bemessen, daß ein Einholen der durch den schlechteren Tabak aufgewendeten Mühe nicht möglich ist und darum die Intensität kaum zu steigern ist. Selbst wenn das möglich sein sollte, oder die Arbeitszeit, wie beispielsweise in der Hausarbeit, sich zum Erreichen des bisherigen Verdienstes verlängern läßt, haben die Tabakarbeiter keine Ursache, sich darauf einzulassen; sie müssen ohnehin schon für wenig Lohn viel leisten.

Wie sehr nach der Wertsteuer die Tabakarbeiter und Arbeiterinnen über Verminderung ihres Verdienstes infolge schlechteren Materials klagen, ist allgemein bekannt, ist auch aus den Berichten im Tabak-Arbeiter zu ersehen: wie denn auch unsere Verbandsleitung davon ein Lied zu singen weiß. Selbst in den Fachblättern ist zugegeben worden, auch von Fabrikanten, daß ein Ausgleich der durch die Wertsteuer verteuerten Produktion in billigeren Tabaken gesucht werden muß, während andererseits die Konkurrenz erhöhte Anforderungen an die Fassons usw. stellt. Auch die Marktberichte geben ein Bild nach dieser Richtung. Freilich braucht nicht jeder billigere Tabak, der qualitativ schlechter als der sonst zur Verwendung gelangte ist, gleichzeitig auch in der Verarbeitung schlechter zu sein. Aber da es dem Fabrikanten zunächst darauf ankommt, seine Ware in der bisherigen Qualität zu liefern, so sieht er beim Einkauf seiner Rohstoffe zuerst darauf, für einen billigeren Preis dieselbe Qualität wie bisher zu erhalten, während er erst in zweiter Linie an die Verarbeitung denkt; falls dann bei der Kalkulation die Vorteile der Qualität überwiegen und der billigere Preis den Mehrverbrauch pro Mille aufhebt, wird er sich dementsprechend entscheiden. Der Arbeiter mag dann sehen, wie er fertig wird.

Damit wollen wir nun nicht gesagt haben, daß bei den relativ teuren Tabaken der Tabakarbeiter weniger schlimm daran wäre. Schon die an sich hohen Tabakpreise, einschließlich Wertsteuer, und deren fortwährende Steigerung läßt die Fabrikanten allgemein immer höhere Anforderungen stellen. Und nun erst dort, wo man „Phantastepreise“ bezahlt hat, oder wo man den Tabak im Verhältnis zum Warenpreis zu teuer bezahlt hat! Mag man auch zu den teureren Sorten die besten Tabake geben, immer wird die allergrößte Sparsamkeit in der Verarbeitung gefordert, und je teurer der Tabak ist, desto mehr wird nach dieser Richtung verlangt. Vielfach sind ja auch die teuren Tabake schlecht zu verarbeiten. Denken wir an die Farbenmobe! Dazu kommen noch die schwierigen Fassons, die sich immer mehr ausbreiten, und die in immer stärkerer Weise beanspruchte Eleganz der Arbeit.

Wir brauchen gar nicht einmal alte Tabakarbeiter zu fragen, um zu wissen, daß es früher selbst auf ein Pfund Deckblatt mehr nicht ankam; schon in einer Zeit von 10, 20 Jahren haben sich die Dinge in dieser Richtung zu ungunsten der Tabakarbeiter wesentlich verschoben. Und diese Tendenz wird sicher anhalten. Da haben die Tabakarbeiter nicht stillschweigend zuzusehen! Ihr Handeln muß darauf gerichtet sein, jeder Lohnverminderung, aus welchen Ursachen sie auch entstehen möge, gewerkschaftlichen Widerstand entgegenzusetzen! Wir wissen wohl, daß die kümmerliche Existenz der Tabakarbeiter noch andere Ursachen hat und daß wir ständig um einen größeren Anteil

am Ertrage unserer Arbeit kämpfen müssen, aber wir müssen in alle Ecken und Winkel unserer Berufsverhältnisse hineinleuchten. Und so hielten wir es für erforderlich, auch einmal die Wirkung der steigenden Tabakpreise auf die Verhältnisse der Tabakarbeiter zu besprechen.

Die Arbeiterverhältnisse in der Kaiserlichen Tabakmanufaktur.

Im elsass-lothringischen Landtag wurden in der Sitzung vom 14. März gelegentlich der Etatsberatung von dem sozialdemokratischen Abgeordneten **Peitres** die Arbeiterverhältnisse in der Kaiserlichen Tabakmanufaktur in Straßburg einer zutreffenden Kritik unterzogen. Der Ressortchef der Manufaktur, Ministerialdirektor **Lichtenberg** als Vertreter der Regierung, antwortete unserm Genossen. Die Antwort besagte für die Arbeiter aber verdammt wenig. Wir lassen nachstehend einen Bericht über die Verhandlungen folgen:

Peitres: Ich möchte mich den von dem Herrn Abgeordneten Haus geäußerten Wünschen im großen ganzen anschließen. Die Kaiserliche Tabakmanufaktur ist eine der wenigen Betriebe, die mir von Staats wegen bekümmert sind, und infolgedessen ist unbedingt notwendig, daß wir wissen, wie die Gekker eingekommen, wie sie ausgegeben werden. Und ich muß mich wirklich wundern, daß wir nicht bereits im Etat selbst eine derartige Bilanz haben, wie sie der Herr Regierungsvertreter jetzt in Aussicht gestellt hat. Das wäre doch das Mindeste, daß man auch den Einblick in großen Umfassen in den Betrieb selbst bekommt. Was die andere Frage der Erziehung der Kommission oder des Wiedererlebens der Kommission anbelangt, so halte ich das für ganz selbstverständlich. Es ist außerordentlich charakteristisch, daß eine derartige Kommission bestanden hat und daß der Landesauschuß davon nicht die geringste Ahnung hatte. (Geisterzeit.) Es ist ausdrücklich gesagt worden, die Herren sind ernannt worden. Auf den Weg wollen wir uns im neuen Landtag nicht begeben. Wir wollen die Herren, die unser Vertrauen genießen, aus unserer Mitte bestimmen, und dann sind wir auch der Überzeugung, daß die betreffende Kommission uns informiert über das, was im Betriebe vorgeht. Wenn die Herren, die der Kommission angehört haben, ein bißchen Pflichtgefühl gehabt hätten, dann hätten sie den Landesauschuß informiert, und sie hätten gesagt: so und so liegen die Dinge. Daß sie das nicht getan haben, ist ein Zeichen dafür, daß sie eben nicht ihrer Aufgabe gewachsen gewesen sind. Wir wollen diese Kommission. Ich möchte bitten, daß sie ins Leben gerufen werde. Es kann ja ein Antrag gestellt werden — und wir würden ihn unjenerseits sofort unterstützen — daß eine solche Kommission ins Leben tritt, die vom Landtag selbst gewählt wird. Und es ist ganz besonders notwendig, wie auch der Herr Abgeordnete Haus schon ausgeführt hat, daß wir einen Einblick bekommen in die Verhältnisse im Betriebe, daß wir uns darüber orientieren, wie unsere Arbeiter, die Arbeiter, die da beschäftigt sind, entlohnt werden, wie ihre Behandlung ist, wie ihre Arbeitszeit ist. Die sozialen und wirtschaftlichen Verhältnisse der dort angestellten Arbeiter und Arbeiterinnen sind nach dem, was mir zu Ohren gekommen ist, nach dem, was ich gehört habe von den betreffenden Leuten selbst oder auch indirekt, durchaus nicht glänzend zu nennen. Die Lohnverhältnisse sind derart, daß der Arbeiter, den gewöhnlich unser Herr Kollege Drumm anwendet, „miserabel“, durchaus am Platze ist. Die männlichen Arbeiter werden entlohnt mit 2,30 M bis 3 M, höchstens 3,20 M. Daß das Löhne sind, die den Namen Hungerlöhne verdienen in einer Stadt wie Straßburg, welche die teuerste Stadt im ganzen Reich ist, wo 26 M in der Woche notwendig sind, um nur den Nahrungsmitteleinkauf zu bestreiten, das wird wohl jeder zugeben. 3 M Durchschnittslohn, das sind keine Löhne, das verdient nicht den Namen Löhne, das sind Hungerlöhne in dem Wortes krasser Bedeutung. Auch die Arbeiterinnen sind schlecht gestellt, wenigstens nicht so gestellt, wie sie gestellt sein sollten. Sie verdienen durchschnittlich 10 bis 12 M in der Woche. Das ist ein Lohn, der zu gering ist. Mit dem kann eine Frau oder ein Mädchen nicht auskommen. Auf meine Art, daß da unbedingt notwendig ist, daß diese Löhne auch verbessert werden. Es ist früher schon hier im Landesauschuß durch den Mund unseres Genossen Emmel darauf hingewiesen worden, daß diese Löhne außerordentlich niedrig sind. Sie sind in diesen acht Jahren vielleicht um 10 oder 20 % in die Höhe gegangen bei den männlichen Arbeitern. Bei den Arbeiterinnen sind sie zurückgegangen, speziell infolge der neuen Tabaksteuer — auch eine Folge der Finanzreform —, so daß diese Arbeiterinnen jetzt weniger verdienen als früher. Früher hatten sie wenigstens besseres Material und konnten infolgedessen auch mehr leisten. Infolge der Tabaksteuer, infolge der Erhöhung dieser Steuer erlitten die Mädchen schlechtes Material, sie können nicht mehr das Benium liefern, das sie früher geliefert haben. Die Löhne, die Akkordlöhne sind die gleichen geblieben. Die Leute verdienen also weniger als früher, und ich meine, wenn vorhin festgestellt worden ist, daß wir wirklich einen Ueberfluß haben — ich habe es ja auch bezweifelt nach dem, was der Herr Abgeordnete Haus ausgeführt hat, ob das richtig ist —, wenn aber vom Regierungssitz aus zugegeben wird, daß diese 165 000 M tatsächlich herausgewirtschaftet werden, daß das wirklich ein Ueberfluß ist, so muß mindestens ein Teil des Ueberflusses dazu verwendet werden, daß die Arbeiter und Arbeiterinnen einigermaßen auskömmliche Löhne beziehen. Auch die Angestellten, die sogenannten Beamten der Tabakmanufaktur, sind schlecht bezahlt, sie sind wenigstens nicht gut bezahlt. Ein Kommissar erhält einen Lohn von 1200 M Anfangsgehalt bis zu 1800 M Endgehalt, das er aber erst in 24 Jahren erreicht. Ja, ich bitte Sie, das wird doch jeder zugeben, daß das bei unseren heutigen Verhältnissen und bei der Vorbildung, die die Leute immerhin besitzen müssen, keine Bezahlung ist, deren sich eine Staatsanstalt rühmen könnte. Die Bezahlung, die eine verantwortungsvolle Position einnehmen, erhalten ein Anfangsgehalt von 1200 M und können steigen bis auf 1920 M, das sind im höchsten Falle nach 24 Dienstjahren 160 M im Monat. Der Buchhalter erhält 1500 bis 2400 M; auch das ist keine Bezahlung für die Arbeit, die die Leute zu leisten haben. Wir sehen daraus, daß hier sehr viel im Argen liegt und daß es notwendig ist, daß eine dementsprechende Kommission ins Leben gerufen wird, aber eine Kommission, die sich ihrer Pflicht auch bewußt ist, ihre Aufgabe voll und ganz erfüllt und die dafür sorgt, daß dieser Staatsbetrieb, über den früher schon große Klagen in die Öffentlichkeit gedrungen sind, ohne daß Abhilfe geschaffen worden ist, daß dieser Staatsbetrieb zu einem Musterbetrieb ausgebaut wird. (Beifall bei den Sozialdemokraten.)

Ministerialdirektor **Lichtenberg:** Was nun das angeht, was der Herr Abgeordnete **Peitres** über die Arbeiterverhältnisse und die Angestellten gesagt hat, so möchte ich erwidern, daß es nicht so schlimm ist, daß wir durchaus nicht einer der schlechtesten Betriebe sind. (Abgeordneter **Peitres:** Das wäre noch schöner, wenn Sie der schlechteste wären, Sie sollen der beste sein!) Wir haben doch eine

Reihe von Institutionen, die auch die Zukunft der Arbeiter und der Arbeiterinnen und namentlich auch die der Beamten und Angestellten sichern, und wenn der Herr Abgeordnete gemeint hat, daß z. B. unter den Kommissärs sind, die keine Gehälter haben, so ist das natürlich, aber sie haben die Aussicht, weiter vorzurücken, wenn Stellen frei werden. Daß nicht jedes Jahr Stellen frei werden und nicht jedes Jahr mittlere Beamten sterben und ausscheiden, das ist klar, aber sie haben alle die Aussicht, in besser dotierte Stellen einzurücken. Ueber die Einzelheiten der Lohnverhältnisse will ich mich mit Rücksicht auf die vorgerückte Stunde nicht näher auslassen. Im großen ganzen möchte ich doch konstatieren, daß wir eine große Anzahl von alten Arbeitern und Arbeiterinnen darin haben, (Abgeordneter Petrols: Die bezahlten Sie gerade schlecht!) daß die auch gern in die Fabrikmanufaktur kommen und gerne darin bleiben. Die alten Arbeiter werden nicht so schlecht bezahlt, wie der Herr Abgeordnete Petrols es durch den Zuzug zu erkennen geben will. Es sind Leute darunter, denen man das Gnadensbrot gibt, und die, wenn man sie entlasse und sie lediglich die Alters- und Invalidenrente bezögen, nicht so gut gestellt wären, wie sie es jetzt sind. Sie arbeiten auch nicht so viel, wie andere im Volkssinn ihrer Kraft befähigte Arbeiter es tun.

Gewerkschaftliches.

An die organisierte Arbeiterchaft Deutschlands. Nachdem die Ausperrung in der deutschen Porzellanindustrie sowie der Zustand im Ruhrbergbau beendet sind, schließen wir hiermit die Sammlungen für diese Kämpfe und erlauben die Organisationen und Gewerkschaftskartelle, die eingegangenen und noch eingehenden Unterstützungsgelder, entsprechend der Resolution des Kölner Gewerkschaftskongresses betr. Streikunterstützung an den Kassierer der Generalkommission, Hermann Kube, Berlin SO 16, Engelfufer 15 IV, oder auf Konto Nr. 7930, Hermann Kube, Postfachamt Berlin, einzusenden. Berlin, 3. April 1912.

Die Generalkommission der Gewerkschaften Deutschlands.

Die Einigungsverhandlungen im Schneidergewerbe beendet. Das Schiedsgericht im Schneidergewerbe hat am Sonnabend nach fünfjähriger Verhandlung die in Rest gebliebenen Orte erledigt und noch eine Reihe Bestimmungen getroffen. Die neuen Tarife treten mit Wiederaufnahme der Arbeit in Kraft. Hinsichtlich der Schaffung eines zukünftigen Reichstarifvertrages wurde zwischen den in Frage kommenden Organisationen vereinbart, innerhalb der nächsten drei Monate unter dem Vorsitz der Unparteiischen zur Beratung dieser Frage sich wieder zusammenzufinden und in der Zwischenzeit die Angelegenheit durch Formulierungsanträge vorzubereiten. Durch Wiederaufnahme der Arbeit zu Beginn dieser Woche ist die Bewegung endgültig beigelegt.

205 000 Mitglieder im Deutschen Transportarbeiterverband. Dieser Verband ist der jüngste unter den Ästien der deutschen Gewerkschaftsbewegung. Weihnachten 1896 beschloßen eine Anzahl Lokalvereine der Handels- und Transportarbeiter, sich am 1. Januar 1897 zu einer Zentralorganisation zu vereinigen. Die Lokalvereine selbst datierten aus dem Anfang der 90er Jahre und setzten in ihrer Mehrzahl dem Zentralisationsgedanken heftigen Widerstand entgegen. So wurde der neue Verband mitten im Bruderkampf geboren. Erst 1900 schlossen sich ihm der Berliner und dann nach und nach auch die noch übrigen Lokalvereine an. Am Ende seines Geburtsjahres zählte der Zentralverband 3474 Mitglieder. Diese Zahl stieg 1900 auf 19 444, im Jahre 1905 auf 50 654. Das Jahr 1906 brachte den Anschluß der Vereine Berliner Hausbiener und Droschkentischer an den Verband. So stieg die Mitgliederzahl bis Ende 1907 auf 58 961. Am 1. Juli 1910 erfolgte dann der Zusammenschluß der Verbände der Hafenarbeiter und Seeleute mit dem Transportarbeiterverband, infolgedessen die Mitgliederzahl 1910 auf 152 954 anwuchs. Der Zusammenschluß hat zweifellos die Werbekraft der Organisation ganz bedeutend erhöht, so daß am 1. April d. J. 205 000 vollzahlende Mitglieder gezählt werden konnten. Der Transportarbeiterverband ist damit an die dritte Stelle unter den deutschen Gewerkschaften aufgerückt.

Seine Hauptrekrutierungsgebiete sind die Brennpunkte des Handels und Verkehrs, die großen Städte. Er zählt in Berlin 47 000, in Hamburg 34 000, in Leipzig 8000 Mitglieder.

Hermann Greulich.

In Zürich feierte am 9. April der Restor der schweizerischen Arbeiterbewegung, Genosse Hermann Greulich, seinen 70. Geburtstag. Greulich ist 1842 in Breslau geboren. Er lernte als Buchbinder, seine Wanderzeit führte ihn durch Österreich und Süddeutschland. In Neulingen trat Greulich dem dortigen demokratischen Arbeiterverein bei, der ihn 1865 nach Stuttgart zum Vorsitz der deutschen Arbeitervereine delegierte. Bei dieser Gelegenheit wurde er mit Besel und anderen Politikern bekannt. Dann wandte sich Greulich nach Zürich, als hier 1867 eine Sektion der Internationalen gegründet wurde, wurde Greulich ihr Sekretär. Ende 1869 wurde Greulich Redakteur der „Tagwacht“, die 1880 einging; Greulich wurde infolge beachtenswerter satirischer Arbeiten aus im satirischen Bureau des Kantons Zürich angeheft und abgezerrt bald zum Leiter derselben. Als der schweizerische Arbeiterbund 1887 das erste Arbeitersekretariat hatte, übernahm Greulich die Leitung; in dieser Stellung hat er ganz besonders für die Ausbreitung der Gewerkschaftsbewegung gearbeitet, und zwar mit großem Erfolg. Da Greulich bereits Anfang der 70er Jahre Schweizer Bürger wurde, hat man ihm auch parlamentarische Ämter übertragen; seit 1890 gehört er dem zürcherischen Kantonsrat, seit 1892 dem großen Stadtrat in Zürich und seit 1902, mit Unterbrechung von 1905 bis 1908, dem Nationalrat an. Greulich darf sich rühmend auf ein Leben voller Arbeit, aber auch auf viel Erfolg; mit Stolz mag ihm die jetzt so gewaltig gestiegene Kraft der Arbeiterbewegung in der Schweiz wie überall beglücken, hat er doch sein rechtliches Teil dazu getan. Möge ihm dieses Bewußtsein noch manches Jahr gesund und frisch mit uns in Reih und Glied marschieren lassen!

lich die Leitung; in dieser Stellung hat er ganz besonders für die Ausbreitung der Gewerkschaftsbewegung gearbeitet, und zwar mit großem Erfolg. Da Greulich bereits Anfang der 70er Jahre Schweizer Bürger wurde, hat man ihm auch parlamentarische Ämter übertragen; seit 1890 gehört er dem zürcherischen Kantonsrat, seit 1892 dem großen Stadtrat in Zürich und seit 1902, mit Unterbrechung von 1905 bis 1908, dem Nationalrat an. Greulich darf sich rühmend auf ein Leben voller Arbeit, aber auch auf viel Erfolg; mit Stolz mag ihm die jetzt so gewaltig gestiegene Kraft der Arbeiterbewegung in der Schweiz wie überall beglücken, hat er doch sein rechtliches Teil dazu getan. Möge ihm dieses Bewußtsein noch manches Jahr gesund und frisch mit uns in Reih und Glied marschieren lassen!

An die Vorstände der freien Hilfskassen!

Unter den Vorständen der freien Hilfskassen herrscht noch vielfach Meinungsverschiedenheit darüber, ob es schon jetzt an der Zeit ist, die Änderungen des Statuts nach dem neuen Recht vorzunehmen. Um dem zu begegnen, hat die auf dem Kongress der freien Hilfskassen zur Wahrung der Interessen der Hilfskassen gewählte Kommission an die Kassenvorstände ein Birkular geschickt, aus dem wir entnehmen, daß diese Kommission mit dem Aufsichtsamte für Privatversicherung über einzelne bedeutende Fragen verhandelt und Entgegenkommen zugesichert erhalten hat. Voraussetzungen hierfür im Kantonsratensystem der neue gesetzliche Zustand erst am 1. Januar 1914 in vollem Umfange in Kraft treten, so daß die Kassen Zeit genug haben, sich darauf einzurichten. Schon jetzt das Statut nach dem neuen Recht umzugestalten und zur Genehmigung einzureichen, sei zwecklos, weil das Aufsichtsamte erst dann zuständig ist, wenn die Aufhebung des Hilfskassengesetzes in Kraft getreten sein wird. Wann letzteres der Fall sein wird, darüber ist noch nichts bekannt. Andererseits herrscht auch, zum mindesten soweit die „Ersparnisse“ in Frage kommen, in Einzelpunkten noch Unklarheit, die erst durch Verhandlungen mit dem Reichsversicherungsamt zu klären sein wird. Die betreffende Kommission empfiehlt deshalb, daß diejenigen Kassen, bei denen die Abhaltung einer Generalversammlung mit Schwierigkeiten und großen Kosten verbunden ist, vorläufig von der Abhaltung einer solchen absehen möchten. Die Kommission wird auch Musterstatuten ausarbeiten, und die Kassen können solche zu gegebener Zeit auf Wunsch erhalten. Auch wird die Kommission, sobald Veranlassung dazu vorliegt, weitere Mitteilungen an die Kassenvorstände gelangen lassen.

Sämtliche arbeiterfreundlichen Blätter werden um Abdruck des Vorstehenden gebeten.

Bewegungen im Beruf.

„Mitglieder, die in einem anderen Orte in Arbeit zu treten gedenken, haben sich vorher an den zuständigen Bevollmächtigten zu wenden, ehe sie die Arbeit annehmen.“

Zur Beachtung!

Vor Zuzug nach Westfalen, Lippe-De-mold, Waldeck, Bezirk Osnabrück wird streng gewarnt, da noch nicht alle ausgesperrten Arbeiter wieder eingestellt sind.

Bremen. Die Firmen L. Engelhardt & Biermann und F. Priester & Söhne bewilligten annehmbare Lohnzulagen. Die erstere Firma erhöhte die Löhne um 50 % und 1 M pro Mille und den Zuriichtern 1 % pro Pfund, während die zweite die Einrichtung schuf, an Stelle des angefeuchteten Materials entrippte und aufgesetzte Decke, fertiges Umblatt und entrippte und getrocknete Einlage zu liefern. Für die Zuriichterrinnen wurde ein Wochenlohn von 12 M eingeführt, bei einer Arbeitszeit von 56 Stunden die Woche.

Breslau. Der Streik der Sortierer bei der Firma Arthur Deter ist beendet, nachdem die Firma den Sortierern, deren Arbeitsverhältnisse sich verschlechtert hatten, nennenswerte Zugeständnisse gemacht hatte. Die Arbeit wurde am 2. April wieder aufgenommen. Vor Zuzug von Sortierern und Ristenmachern wird bis auf weiteres gewarnt, da zurzeit nicht alle Streitenden wieder eingestellt werden konnten.

Berlin-Cöpenick. Die Bewegung bei der Firma Paul Rodt konnte mit dem Abschluß eines Tarifvertrages beendet werden. Die gemachten Lohnzulagen betragen 25 % bis 1 M pro Mille. Die wöchentliche Arbeitszeit wurde auf 56 Stunden festgesetzt.

Biebrich a. Rh. Die Bewegung in Biebrich, die sich auf alle neun Betriebe erstreckte, endete mit dem Abschluß eines Tarifvertrages, der einen Minimallohn von 9 M pro Mille bei zubereitetem Material und eine wöchentliche Arbeitszeit von 53 Stunden vorsieht. Die gemachten Lohnzulagen betragen 25 bis 75 % pro Mille.

Sanan. Mit den Firmen Cont. Graebener und Heinrich Noll wurde ein Tarifvertrag abgeschlossen. Der Minimallohn beträgt 7,70 M bei Lieferung von zubereitetem Material und die wöchentliche Arbeitszeit 53 Stunden.

Münchhof a. S. Von der Firma S. Dopmann (Sitz Oterode a. S.) forderten die Arbeiter eine zehnprozentige Lohnminderung. Die Firma lehnte es ab, die Forderung zu bewilligen und kündigte dazu die in Münchhof ansässigen Arbeiter. Die in Herzberg a. S. und Oterode a. S. wohnenden Arbeiter erklärten sich darauf solidarisch. Die Arbeitseinstellung erfolgte am 1. April. Vor Zuzug wird streng gewarnt.

Wollensbüttel. Die Firma W. Grube lehnte es ab, die geforderte Zubereitung der Decke und die Verkürzung

der Arbeitszeit um eine Stunde im Sommerhalbjahr zu bewilligen, worauf die Arbeiter, und zwar am 1. April, die Arbeit einstellten. Vor Zuzug wird dringend gewarnt.

Bericht des 6. Gaues für 1911.

Die Hoffnungen, die wir am Ende 1910 hegten, sind leider nicht in Erfüllung gegangen. Die Wirkungen der 40prozentigen Wertsteuer waren noch bedeutend, und die Erhöhung der Wandlerole, Einschränkung oder Verlegung der Betriebe, haben stetig Fortschritt gemacht. Bei der Verlegung der Fabrikation werden speziell die in kultureller Beziehung rüchstandigsten Gewerben berücksichtigt. Die männliche Arbeitskraft wird bei Neugründungen vollständig ausgeschaltet. Vorstehende Verhältnisse haben sich einige Fabrikanten noch besonders nutzbar gemacht, indem sie unsere tätigen Mitglieder auf verschiedene Art drangallierten, sogar brotlos machten. Wir haben festgestellt, daß eine Anzahl Firmen, trotzdem sie Arbeitskräfte benötigten, unsere Kollegen, obwohl ortsansässig und verheiratet, nicht einstellten. Die Folge war, daß eine Anzahl Kollegen zu anderen Verufen übergingen. Auch wollten wir hervorheben, daß nach der Steuerannahme die Hausarbeit sich in einzelnen Orten weiter eingebürgert hat. Daß unter den obwaltenden Umständen die Organisation keine besonderen Fortschritte machen konnte, ist leicht erklärlich. Die schon in früheren Jahresberichten erwähnten Gegner der Arbeiterbewegung schouarger und blauer Couleur haben im verfloßenen Jahre mit besonderer Brut gehandelt. Vollständige Hausagitationen haben katholische Geistliche veranstaltet, um gewonnene Mitglieder wieder absperrig zu machen. Auf diese Art ist eine große Anzahl von Kollegen in die Zentrums-gewerkschaft, genannt „Christlicher“ Tabakarbeiterverband, gepreßt worden. Der Terrorismus der katholischen Geistlichkeit ging in einzelnen Orten so weit, daß sogar der Reichstisch benützt wurde, indem man keine Absolution erteilte, weil die Kollegen unserem Verbände angehörten. Ein weiterer Beweis von „Christlicher“ Nächstenliebe! Knechtung und Unterdrückung ist stets der Zweck dieser Gesellschaft gewesen! Wer die Verhältnisse kennt, wundert sich darüber nicht. Es steht fest, daß nur durch den schloffensten Druck auf die Arbeiterchaft die „Christliche“ Gewerkschaftsbewegung gehalten werden kann. Auch diese Zustände gehen ihrem Ende entgegen, sobald der Arbeiter seine Klassenlage erfährt und sich von seinen Fesseln frei macht. Gerade das verfloßene Jahr hat zur Evidenz bewiesen, daß der „Christliche“ Verband in dem Aufwärtsstreben der Tabakarbeiterchaft nach besseren Lohn- und Arbeitsverhältnissen ein Hindernis war! Erwinnere an Bonn, Selbern, Soch, Orjoh und zuletzt an Kalbenkirchen. Ueber letzteren Vorgang ist in Nr. 12 des Tabak-Arbeiter ausführl. berichtet worden. Trosthaltem fanden Lohnbewegungen statt in Emmerich, Soch, Orjoh, Saaru und Düsseldorf, die ohne Streik erledigt wurden. In zwei Fällen gelang es, einen Tarif abzuschließen, nach welchem der Minimallohn z. resp. 9,25 M beträgt. Eine Bewegung, welche zum Streik führte, fand in Oberhausen statt, sie endete resultatlos infolge der Uneinigkeit der Kollegen; der Firma war es gelungen, einige Hausarbeiter in der Eifel als Arbeitswillige zu finden. Gegen Aufregelung und Lohnabzug hatten wir uns zu wenden gegen die Firma Linden in Bonn, Gebrüder Hausberg in Kettwig, Bressing vom Gölgen, Emmerich, und Franz Foveaux, Köln. Der Erfolg war nur ein teilweiser. Das Koalitionsrecht hatten wir zu verteidigen gegen die Firma Schabarun, Kaiserkrich in der Eifel. Die Kollegen wurden meistens andermittig untergebracht. Die Folge war, daß später die Firma 25 bis 50 % pro Mille zulegte. Der herausfordernde Kampf hat also eine Lohnminderung zur Folge gehabt. Differenzen verschiedener Natur wurden durch Unterhandlung der Soulektion mit den Fabrikanten in 21 Fällen erledigt. Vorstehender Bericht beweist, daß wir im verfloßenen Jahre einer kleinen Schritt vorwärts gekommen sind. Wenn nicht alle Wünsche befriedigt wurden, liegt die Schuld keineswegs an uns, sondern an den schon oben angeführten behauerlichen Verhältnissen. Diese zu ändern ist Aufgabe eines jeden Mitgliedes. Ueberall muß für die einheitliche Organisation Propaganda gemacht werden, dann werden Enttäuschungen, wie im letzten Jahre eingetreten, vermieden.

Im Berichtsjahre fanden 17 öffentliche und 62 Mitgliederber-ammlungen, 54 Fabrikbesprechungen, 47 Vorstandssitzungen und Revisionen statt. Manche Sitzung wäre überflüssig geworden, wenn man sich mehr um die Bestimmungen des Statuts kümmerte würde. Die Berammlungen waren zum Teil gut besucht, besonders wenn Differenzen in den Betrieben vorlagen. Hausagitationen fanden in drei Orten statt. In verschiedenen Orten sind vorläufig Einzelmit-glieder gewonnen worden. Die Korrespondenz war eine sehr umfangreiche. Eingänge: 819, Ausgänge ohne Drucksachen: 1041. An Flugblätter wurden drei verteilt. Das eine handelte von der Auslieferung in Kaiserkrich, das andere über die Haltung der „Christlichen“ bei der Orjoher Ver-amml., das letzte über den Streik in Oberhausen. An Drucksachen wurden 928 versandt. Der Arbeitsnachweis wurde von 17 Firmen in Anspruch genommen. Verlangt wurden 39 Zigarettenmacher, 8 Zigarettenmacher und 2 Zuriichterrinnen. Bis auf zwei wurden alle Stellen besetzt. Von Mit-gliedern wurde der Arbeitsnachweis in 14 Fällen, von Anorganisierten in drei Fällen benützt. Der Arbeitsnachweis hat es bei einigen Firmen fertiggebracht, daß die Löhne aufgebessert wurden. Auch sonstige Wünsche bezüglich Material, Post und Logiswesen wurden zur Zufriedenheit erledigt. Zum Ausbau dieser nützlichen Institution gehört aber auch, daß die einzelnen Ortsverwaltungen und Mitglieder das Regulative beachten.

Zum Schluß möchte ich den Wunsch ausdrücken an unsere Mitglieder, den Kopf nicht hängen zu lassen, wenn auch die Ver-hältnisse augenblicklich ungünstig liegen; denn dadurch würde es nicht besser werden, sondern schlechter. Es muß jeder nach seiner Befähigung unverdrossen für die Ausbreitung unserer Organisation sich betätigen! Wir müssen alle Hindernisse durch zähen Kampf beiseitigen; ohne fleißige Arbeit ist eine Entwicklung unmöglich. In die bedrängten Geiseln der Unternehmer, dorthin, wo die Arbeitskräfte billig sind, müssen wir folgen, trotz aller Schmähungen und Verdächtigungen unserer Gegner. Wenn wir gemeinsam in vorstehendem Sinne wirken, dann werden wir auch am Ende dieses Jahres einen besseren Ausd nach vorwärts gekommen sein. Also auf! Kollegen und Kolleginnen! Dem Mühtigen gehört die Welt. Ludwig Klein, Gauleiter, Köln.

Mitglieder, agitiert für den Verband!

Größtes Wickelformenlager Deutschlands

JEDES FACON NEU UND GEBRAUCHT STETS AM LAGER

L. COHN & CO.

BERLIN N., BRUNNENSTRASSE NO 24.

Verlangen Sie sofort kostenlos

Unsere Haupt-Preislisten, Modellbogen Zigaretten- und Zigarren-, no Papier, Trageath, Muster an

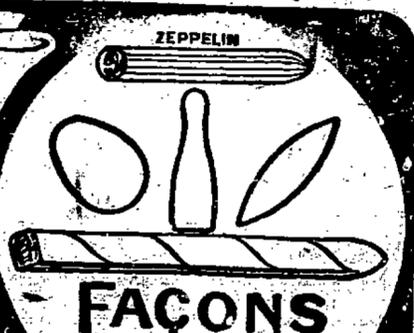
Soeben erschienen

ein Nachtrag

zur Liste 197 mit ca. 2700

neu eingetroffenen

Formen



FAÇONS

enthaltend.

! Worüber muss man ! ! staunen und mit Recht !

1. Weber die ganz hervor-
ragende Leistungsfähigkeit
2. Weber die außergewöhn-
liche Billigkeit
3. Weber die streng reelle und
tadellose Bedienung

der

Rohtabakhandlung von **ROBERT OEHLER**

Berlin SO. 26, Kottbuserstr. 2

Die neueste Preisliste liegt dieser Nummer bei!

Meine neuesten Einkäufe

in Amsterdam (Einschreibungen vom 18. bis 22. März)
bieten eine grosse Auswahl leichter, reifer und wohlschmeckender

Java-Einlagen, Aufarbeiter und Ia. Umblätter

zu bedeutend ermässigten Preisen

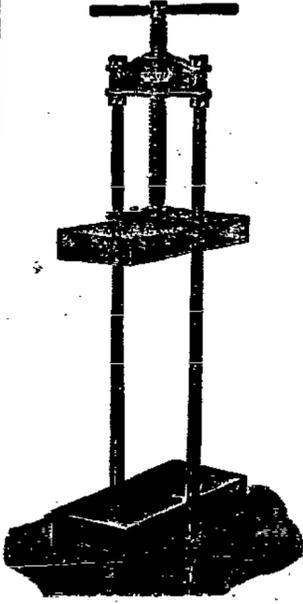
Beordern Sie
in Ihrem
Interesse
sofort Proben!

- Nr. 1006 Java Einlagen, reif und leicht, Mk. 1.00.
- Nr. 1007 Java Einlagen, kernig und reif, Mk. 1.05. } Auch zum Schneiden geeignet.
- Nr. 1009 Java Loemadjang, kernig, reif und leicht, Mk. 1.10.
- Nr. 1014 Java Loemadjang, kernig, reif und leicht, Mk. 1.25.
- Nr. 1017 Java, prachtvoller Aufarbeiter, leicht, Mk. 1.30.
- Nr. 1021 Java, prachtvoller Aufarbeiter, leicht, Mk. 1.35.
- Nr. 1026 Java, prachtv. Aufarbeiter, braun, Vorstenlanden, Mk. 1.45. 3/4 Umblatt, reif. Qualitätstabak.
- Nr. 1034 Java, prachtv. Ia. Umblatt, Mk. 1.50. 3. Länge, rundes, zartes Vollblatt, sehr vorteilhaft.
- Nr. 1037 Java, prachtvolles Ia. Umblatt, Mk. 1.50. 2. Länge, grossblättrig, braun und sehr ergiebig.
- Nr. 1042 Java, prachtvolles Ia. Umblatt, Mk. 1.55. 2. Länge, horrend blättrig, leichthändig, reif.

Beste Qualität.
Tadellos. Blatt-
brand u. Reife.
Billige Preise.

Sehr preiswert: Sumatra u. Borneo 2. u. 3. Läng., matte u. helle Farben (a. Sandblatt), verz. pr. 1/2 Kilo Mk. 3b.7

Nr. 7 für 10 Formen



Besonders stabile Bauart, dopp. Verschraubung, auch als Zigaretten-
presse verwendbar, ausserordnt. preiswert. Per Stück Mk. 8.50

Leon Weil, Speyer

Gegründet 1852. Lager in Speyer, Bremen und Amsterdam.
Telephon No. 149. Postschek-Amt Ludwigshafen No. 1341.

Alleinverkauf

der mechanischen Werkstätten von Friedrich Will

Spezial-Fabrikation in Formenpressen

Nur 2 Ausführungen, genau wie nebenstehende Abbildung;
unter Garantie für zweckmässige Ausführung
und dauerhafte Arbeit, zu **Fabrikpreisen.**

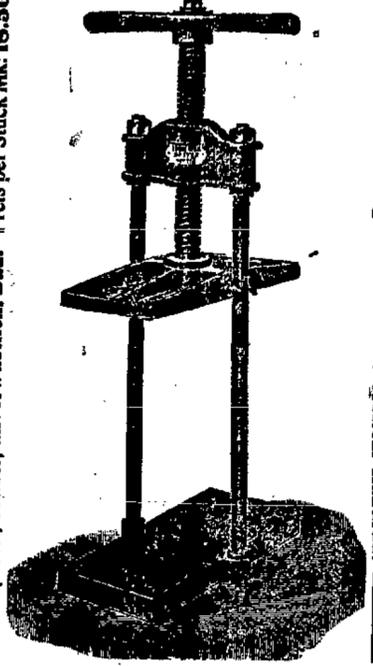
Nr. 7 Mk. 3.50 pr. Stück Nr. 112 Mk. 18.50 pr. Stück

Bedingungen: Nur gegen netto Kassa ab Fabrik.

Reparaturen auch anderer Fabrikate werden unter billigster Berechnung prompt
ausgeführt. Wiederverkäufer gesucht. Grosses Formenlager.
Ia. Bündelböcke à Stück 1.25 Mk.

Gleich praktisch für Klein- und Grossbetriebe. Bestes Material; extra
starke Spindel, solider, unverwundlich. Bau. Preis per Stück Mk. 18.50

Nr. 112 für 5 Formen



Vollständig aus Eisen mit System Handrad.

W. HERMANN MÜLLER

Berlin, Magazinstrasse 14

Das so ausserordentlich beliebte

SUMATRA-DECKBLATT

zweite Länge Vollblatt zu Mark 2.15 verzollt, ist wieder am Lager. Gute
Farben. Labelloser Brand.

J. H. Koopmann, Bremen

Parasprecher 3945 Neustadtswall 36 Parasprecher 3946
empfiehlt in bekannter Preiswürdigkeit:

- Sumatra-Decker, nur Vollblatt, 185, 200, 220, 240, 250, 260, 275, 280, 300, 320, 340, 420, 460, 500 4
- Sumatra-Umblatt, Vollblatt, 155, 180 4
- Java-Decker dunkel 220 4, hell 260, 280, 300, 320 4
- Java-Umblatt 140, 155, 160, 165 4
- Java-Einlage 95 4, mit Umbl. 110, 120, 130 4
- Vorstenland-Decker 260, 275, 300, 320 4
- Brasil-Decker 175, 200, 210 4
- Brasil-Einlage u. Umbl., leicht u. trocken, 125, 130, 140, 150, 160 4
- Mexiko-Decker (Andres) 300, 350 400 4
- Havana 200, 250, 300, 400 4
- Decker 700 4
- Yara-Cuba 200, 220 4, feine Qualität
- Seedleaf-Umbl. 120, 130, 140, 150 4
- Carmen-Umbl. 100, 110, 125, 130 4
- Domingo-Umblatt 110, 120, 130 4
- Domingo-Einlage und Umbl. 100 4
- Rio-Grande-Decker 120, 130 4, Einlage 110 4
- Lesgat, nur überseeische Original-Tabake, meist Umblatt, 100 4, beste Sorte leicht und sehr blättrig 110 4

neue und gebraucht in allen Fassungen von 50 bis 150 4.
Wickelformen (Schiffchen-Abdrücke) verschiedene gratis und franco.
Neue, schmeldeiserne Formenpressen mit Flachgewinde, be-
sonders stark gearbeitet, für 10 bis 12 Formen, pro Stück 7.50 4. Gummi-
Tragant, allerfeinste Ware, größte Klebkraft, per Pfd. 2.50 4. Zigarren-
band pro 50 Meter-Rolle, gelb 30, 105, 120, 125, 150, rot 130 4. Zigarren-
bündelband, grau und lachsfarbe, pro 100 Meter-Rolle 150 4.

Preise per Pfund verzollt einschliesslich Verzoll. Versand nur unter Nachnahme

Telephon 11 858. Postschekkonto Leipzig No. 9928.

Hermann Lehmann, Leipzig

6 Bauhofstrasse 6

empfiehlt als besonders preiswert und gut

- Sumatra-Decker à 200, 210, 220, 240, 250, 260, 280, 300, 320, 350, 380, 410, 500 4
- Sumatra-Umblatt à 160, 170, 180 4
- Vorstenland-Decker à 250, 320, 400, 500 4
- Java-Umblatt à 150, 160, 170, 175, 180, 185, 190 4
- Java-Einlage à 120, 125 4
- Aufarbeiter à 130, 135, 140 4
- Feix-Decker, schmeldeisern-Druck, 220 4
- Feix-Einlage à 185, 145, 150, 160, 170, 175 4
- Havana, hochfeine Gital. à 270, 350 4
- Yara-Cuba, reispflichtig, à 250 4
- Carmen-Decker à 180, 140, 145, 150 4
- Carmen-Einlage à 115, 125 4
- Domingo-Umblatt à 135, 145, 150 4
- Domingo-Einlage mit Umblatt à 110, 115, 120 4
- Mexiko-Decker 400, 450, 400, 140 4
- Lesgat, sehr blättrig und gefurdt, à 120, 110 4
- Mexiko-Decker à 165, 110, 115 4

Preise per Pfund verzollt inkl. Verzoll.
Versand unter Nachnahme mit 2 Pfg. Skonto.
Man verlange manche Proben.

Nicolaus Beck, Burg, Bez. Bremen

Zigarrenkisten-Fabrik Zigarrenkisten-Ausstattungen

Zigarrenkisten in Brettern und fertig ausgestattet. Ver-
langen Sie sofort Muster von Zigarrenkisten-
Ausstattungen mit Angabe der Preise für fertige Kisten.

Zigarrenkisten-Ausstattungen einfacher bis hoch-
feinster Ausführung v. 2.50 bis 12.50 4 pro Hundert mit 20 Pst. Rabatt. Auf Wunsch
sende ich sofort Muster.

Rohtabakhandlung

H. Edling, Bremen

empfiehlt folgende gute Tabake
zu billigen Preisen

- Sumatra-Decker à 160, 180, 190, 200, 220, 240, 250, 260, 270, 290, 300, 310, 320, 350, 360, 380, 410, 460, 500 4
- Java-Vorstenland-Decker à 220, 240, 260, 280, 300, 320, 350 4
- Brasil-Decker à 190, 200, 220, 240 4
- Brasil-Einlage u. Umblatt à 120, 125, 130, 140, 150, 160, 170 4
- Sumatra-Umblatt, Vollblatt à 150, 160, 170, 180 4, Stückblatt 130, 140, 150 4
- Java-Umblatt à 140, 150, 160, 170 4
- Java-Einlage u. Umblatt à 110, 120, 125, 130 4
- Domingo à 100, 110, 120, 130 4
- Carmen à 100, 110, 120, 130 4
- Seedleaf (meist Umbl.) à 110, 115, 120 4
- Havana-Einlage à 180, 200, 250, 300, 400 4, Decker 650 4
- Yara-Cuba-Einlage à 150, 180, 200, 250 4
- Virgins-Decker à 250, 320 4
- Lesgat à 95, 100 4
- Gemischte Original-Tabake à 110, 120 4
- Java (geschnitten) à 110 4

Preise verzollt inkl. Verzoll per 1/2 Kilo.
Kredit nach Uebereinst. [18]

Unser Gewerkschaftsorgan Der Tabak-Arbeiter

ist ein hervorragendes
Agitationsmittel, aus
diesem Grunde soll man
gelesene Nummern stets an
Kollegen weitergeben, die
unseren Bestrebungen
noch fernstehen.

Rohtabak-Versandhaus Friedr. L. M. H. Meyer. Hamburg, Elbstraße 49.

Asthma-Pulver

empfehlen als sehr preiswert
Sumatra-Deckblatt.

Brinkmeier & Co. Bremen

- 1. Länge Vollblatt, enorm blättrig und sehr hell 550 4
- 2. Länge Vollblatt, hellbraun, guter Geschmack 420 4
- 2. Länge Vollblatt, matte Farben, feine Qualität 350 4
- 1. Länge Stückblatt, grossblättrig, hell 340 4
- 3. Länge Vollblatt, hellbraun, Qualitäts-Tabak 300 4
- 2. Länge Vollblatt, hellbraun, ergiebig 280 4
- 2. Länge Vollblatt, hellbraun, sehr preiswert 220 4
- 2. Länge Stückblatt, gute braune Farben 215 4

- 1. Länge Vollblatt, hellfahl, vorzüglich 380 4
- 3. Länge Vollblatt, enorm blättrig, sehr hell spottbillig 250 4
- 2. Länge Vollblatt, braun, feine Qualität 240 4
- 2. Länge Vollblatt, schwarz, Brasil-Gras 240 4

- 1. Länge schwarz-grau, hochfeinste Qualität 400 4
- 1. Länge, braun, sehr ergiebig 250 4

- Crug des Atlas, feinstes dunkles Deckblatt 280 4
 - Mattas, ganz schwarze Farben 220 4
 - Virgins-Deckblatt. Egal dunkelbraun 200 4
 - Gummi-Tragant, weiss, in Stücken 240 4
- Preise pro Pfd. verzollt inkl. Verzoll
Einlage und Umblatt-Offerte siehe in
voriger Nummer dieser Zeitung.

Rohtabak-Handlung Hengfoss & Maak Altona-Ottensen. Filiale Berlin N., Brunnenstrasse 25. [25]

Bettstätten

Befreiung sofort. Alter und Ge-
schlecht angeben! Auskunft umsonst.
Institut Sanitas, Velburg 68, Bayern.

Druckerei Schmiedt & Co., Bremen.

alle Art liefert schnell und billig

bei einem Lohne von 15, 16 bzw. 17 M. Ueberstunden, die in reichlichem Maße gemacht werden müssen, werden den Leuten nicht vergütet. Am zweiten Tage der Arbeitsniederlegung holten sich die Arbeitgeber Häftlinge aus der dortigen Korrektionsanstalt als Arbeitswillige. Ein sofort von der Verbandsleitung vorgenommener Einspruch bei der Inspektion der Anstalt wurde abgewiesen!

Selbstverständlich ist sofort bei dem Landesdirektor der Provinz Brandenburg Beschwerde gegen die Verhinderung der Fürsorgeglinge als Streiftreiber erhoben worden. Dessen Bescheid steht noch aus.

Es ist aber geradezu charakteristisch für die heutigen Zustände, daß in dem Moment, wo es Arbeiter wagen, ihre geradezu erbärmlichen Verhältnisse ein wenig aufzubessern, sofort die Institutionen des Staates dem verdrängten Unternehmertum zu Hilfe eilen und selbst nicht davor zurückschrecken, die Tore von geschlossenen Anstalten im Interesse des Unternehmertums aufzutun.

Für die völlige Sonntagsruhe demonstrierte in Nürnberg am 1. April eine große Versammlung, die von zwölf Nürnberger kaufmännischen Vereinen einberufen worden war. Die drei Referenten, ein protestantischer Pfarrer, der Direktor des Nürnberger Krankenhauses und der bayrische freisinnige Landtagsabgeordnete Dr. Günther forderten die völlige Sonntagsruhe für alle Angestellten in Groß- und Detailgeschäften. Günther forderte auch die allgemeine Einführung von Ferien für Arbeiter und Angestellte, die Angestellten hätten genau das gleiche Recht darauf wie Beamte; Ferien seien vom größten Nutzen für die Volkswirtschaft. Die Versammlung nahm eine Resolution an, in der es heißt:

„Prinzipale und Angestellte geben ihrer Befriedigung Ausdruck über die guten Erfahrungen, die in Nürnberg seit Jahren mit der vollständigen Sonntagsruhe gemacht worden sind. Die Versammlung ersucht die hohe Reichsregierung, möglichst bald dem neuen Reichstag ein Gesetz zugunsten der reichsgesetzlichen Regelung der Sonntagsruhe in allen Groß- und Detailgeschäften in Handel und Industrie im Sinne eines vollständigen einheitlichen Verbotes der Sonntagsarbeit im ganzen Reiche vorzulegen. Sie erblickt in dieser Gesetzesvorlage ein notwendiges soziales Werk, das den Angehörigen dieser Stände auch in ethischer und hygienischer Beziehung hervorragende Vorteile sichert.“

Berichte.

München. Durch gute Beschreibungen, besser bezahlte Sorten einzuführen und bessere Arbeitsverhältnisse zu schaffen, hat die Firma Döppmann (St. Oesterde) ums lange hingehalten, schließlich aber mußten sich die Kollegen hoch veranlaßt, bei der Firma vorzulegen zu werden. Am 13. März wurden die Forderungen einer Lohnaufbesserung von 10 Prozent eingereicht. Aber welche Enttäuschung! Am selben Nachmittag erschien Döppmann jun., um sofort abbleiben zu lassen. Der erste Kollege, der abblieferte, wurde von dem jungen Chef befragt, ob er auch eine zehnprozentige Lohnaufbesserung wollte. Da dieses bejaht wurde, erhielt er folgende Antwort: „Dieses können wir nicht geben, das steht im Geschäft nicht drin, überhaupt, mein Vater will sich nicht mehr ärgern, wir beschäftigen, das Geschäft zu verkleinern; ich mache ins Ausland und muß Sie hiermit kündigen. Mit diesem Bemerkten wurden alle Kollegen gekündigt. Wo so sagen die Beschreibungen der humanen Firma aus! Herr Döppmann glaube nun, sich auf die Kollegen von Oesterde und Herzberg verlassen zu können, aber die Rechnung war ohne den Wirt gemacht. In der nächsten Woche erklärten sie sich mit den Münchener Kollegen solidarisch und reichten ihre Kündigung ein. Alle Verluste nun, welche vom Gauleiter Schmidt zur Einigung angesehen wurden, scheiterten. Die Firma Döppmann beschäftigt nun, eine Filiale auf dem Eichsfelde zu errichten. Wenn ein Arbeiter den Kapitalisten um ein besseres Arbeitsverhältnis angeht, wird er erbarmungslos auf's Pfaster gemorren. Kollegen, seid nun einig und zeigt, daß wir nicht eher gewillt sind, die Arbeit wieder aufzunehmen, bis eine Regelung der Lohnverhältnisse stattgefunden hat. Die Gemeinde München verurteilt diese Handlungsweise der Firma Döppmann aufs Schärfste.

Stuttgart. Hier fand am 16. März eine Mitgliederversammlung statt. Tagesordnung: 1. Anträge zur 15. Generalversammlung; 2. Wahl eines Delegierten; 3. Der Arbeitsnachweis im Gau; 4. Verschiedenes. Vor Eintritt in die Tagesordnung widmete Kollege Wildemann dem verstorbenen Gauleiter Burgold einen ehrenden Nachruf. Die Versammelten erhoben sich von ihren Plätzen. Zu Punkt 1 wurden nach längerer Debatte folgende Anträge angenommen: In § 17 Absatz 2 soll es heißen: 1. Dem Verbandsvorstande muß mindestens von jeder Branche ein Mitglied angehören; 2. Der Vorstand hat von Zeit zu Zeit Branchensitzungen einzuberufen; 3. Die Beiträge sind nicht zu erhöhen, und die Zahl der Beitragsklassen ist zu vermindern. Bei der Wahl eines Delegierten erhielten Mag. Müller 53 und Groß-Schorndorf 3 Stimmen. Ueber den Arbeitsnachweis im Gau befragte Kollege Wildemann die Arbeitslosigkeit der Kollegin Wägemöy, schildert dann die Unterdrückung dieses Falles durch die Ortsverwaltung und die Stellung der Gauleitung zu dieser Angelegenheit. Es entspinnt sich eine lebhafteste Debatte. Einige Kollegen verurteilen die Stellungnahme der Gauleitung in der Angelegenheit Wägemöy. Folgende Resolution wurde angenommen: Die heutige Mitgliederversammlung der Bahnhalle Stuttgart verurteilt auf das entschiedenste, daß der Arbeitsnachweis so einseitig im Falle Wägemöy vorgegangen ist. Die Mitgliederversammlung erwartet aber, daß die Gauleitung in Zukunft ihre Informationen in derartigen Fällen nur von der in der Bahnhalle in Frage kommenden Instanz einholt. Im Falle Wägemöy ist die Bahnhalle der Meinung, daß dieselbe von Seiten des Arbeitsnachweises und der Gauleitung zu Unrecht zurückgestellt worden ist und ihre Arbeitsniederlegung bei der Firma Fischmann vollständig berechtigt war. Weiter befaßte sich die Versammlung mit der Zusenhausener Resolution und das hierzu übermittelte Begleitschreiben seitens der Gauleitung. Die Versammlung bezeichnete die Resolution als unzureichend und billigte die Stellungnahme seitens der Ortsverwaltung.

Berlin. Am 30. März fand eine außerordentliche Mitgliederversammlung der Bahnhalle Berlin statt, in der Kollege Schulz zum ersten Punkt der Tagesordnung einen Bericht über die Tarif- resp. Lohnbewegung in der Zigarrenindustrie Berlin gab. Der Referent wies vor allem darauf hin, daß es jetzt darauf ankomme, das in der Bewegung Erreichte zu erhalten. Namentlich sei eine strenge Kontrolle der Inhaber der grünen Plakate notwendig. Im Anschluß an den Bericht entwickelte sich eine lebhafteste Diskussion, an der sich die Kollegen Hoffmann, Will. Herrmann, Heister, Arndt, Kimmert und Doerner beteiligten. Folgende Resolution fand Annahme: Die am 30. März 1912 im Reichshaus Hof tagende kombinierte Mitgliederversammlung beschließt nach Anhörung des Berichtes über die dritte Zigarrenarbeiterbewegung die Sperre über Berlin aufzuheben. Doerner soll nicht zu verstehen sein, daß die Bewegung am Orte zu Ende sei. Im Gegenteil muß es zur Pflicht gemacht werden, nach kräftigen Mitteln zu suchen, mittels derer die Aktion in verstärktem Maße fortzuführen ist. Das muß umso mehr betont werden, da die Gewerkschaften auf dem achten deutschen Gewerkschaftskongress ihre taktische Unterdrückung in der bisherigen Verhandlungsgeschichte

und weite Freigabe der Öffentlichkeit diese Bewegung mit unterstützen. Die Generalversammlung in Hamburg wird ersucht, in diesem Sinne weitere Richtlinien zu geben und namentlich zu veranlassen, in der deutschen Tarifbewegung die Einheit des Handelns mehr herauszuarbeiten. Zum zweiten Punkt der Tagesordnung wird nach einem Referat des Kollegen Nimmergut beschloffen, der Generalversammlung zu Hamburg eine Anzahl Anträge, die sich teils auf den Geschäftsbericht, teils auf den Statutenentwurf beziehen, zu unterbreiten. Eine Neuwahl der Agitationskommission für den Vorstand bestimmte Beschlüsse sind an das Bureau des Deutschen Zigararbeiterverbandes, Bremen, Fautenstr. 58/60, II (Gewerkschaftshaus), Zimmer 32, zu adressieren. Geld-, Einzahlungs- und Verschuldungen nur an B. Nieder-Weland, Bremen, Fautenstr. 58/60 (Gewerkschaftshaus), Zimmer Nr. 32. — Bankkonto, bei der Bankabteilung der Groß- und Kleinhandelsbank deutscher Kontowereine m. b. H. in Hamburg, Postfachkonto Nr. 5349 beim Postfachamt in Hamburg. Für die Expedition bestimmte Beschlüsse sind an Johs. Krohn, Bremen, Fautenstr. 58/60, II (Gewerkschaftshaus), Zimmer 32, zu adressieren. Für die Redaktion bestimmte Beschlüsse sind an Gustav Alendorff, Bremen, Fautenstr. 58/60, II (Gewerkschaftshaus), Zimmer 32, zu adressieren. Für den Ausschuß bestimmte Beschlüsse sind an Emil Ellen, Altona-Ottensen, Hoheneich 3, pt., zu adressieren.

Vereinstell.

Deutscher Zigararbeiter-Verband.

Karl Reichmann, Vorsitzender, Bremen, Fautenstr. 58/60, II (Gewerkschaftshaus), Zimmer 32. — Telefon Nr. 6046.

Bürozeit von 8 bis 4 Uhr nachmittags.

Für den Vorstand bestimmte Beschlüsse sind an das Bureau des Deutschen Zigararbeiterverbandes, Bremen, Fautenstr. 58/60, II (Gewerkschaftshaus), Zimmer 32, zu adressieren.

Geld-, Einzahlungs- und Verschuldungen nur an B. Nieder-Weland, Bremen, Fautenstr. 58/60 (Gewerkschaftshaus), Zimmer Nr. 32. — Bankkonto, bei der Bankabteilung der Groß- und Kleinhandelsbank deutscher Kontowereine m. b. H. in Hamburg, Postfachkonto Nr. 5349 beim Postfachamt in Hamburg.

Für die Expedition bestimmte Beschlüsse sind an Johs. Krohn, Bremen, Fautenstr. 58/60, II (Gewerkschaftshaus), Zimmer 32, zu adressieren.

Für die Redaktion bestimmte Beschlüsse sind an Gustav Alendorff, Bremen, Fautenstr. 58/60, II (Gewerkschaftshaus), Zimmer 32, zu adressieren.

Für den Ausschuß bestimmte Beschlüsse sind an Emil Ellen, Altona-Ottensen, Hoheneich 3, pt., zu adressieren.

Bekanntmachungen.

Den Aufenthalt angegebenen wird ersucht: Der Zigarrenmacher Salomon Arndt aus Hammerstein (Kreis Schlochau). Betrifft Erb- scheidungsangelegenheit. (S. 822.18).

Ausgeschlossen nach § 15 des Statuts wurde: Der Zigarrenmacher Wilhelm Beau aus Cöln, a. St. in Weiskensfeld.

Warnung!

Wie dem Vorstande berichtet worden ist, ist vor dem Zigarrenmacher

Otto Glöbe aus Pasewalk

zu warnen. In Lübben in Mecklenburg, wo G. in Arbeit stand, hat er einen seiner Mitarbeiter namens Wilh. Werth, der sich 80 M. erspart hatte, dessen Betrag entwendet und ist damit verschwunden. Zur Ausführung dieses Gaunerstückes ist der Dieb äußerst raffiniert vorgegangen. Es sind deswegen alle Kollegen vor diesem Menschen gewarnt. Die Besorgmächtigen und andere Kollegen, die den Aufenthalt des G. kennen, wollen dem unterzeichneten Vorstand und der Polizei hiervon Mitteilung machen.

Als besondere Kennzeichen sind zu nennen: Größe 1,70 m, dunkelbraunes Haar, etwas Schurzbart, braune Gesichtsfarbe, kurz- schichtig und im Alter von 34 Jahren. Bekleidung ist: Grünfarbener Anzug, weiße Dauerwäsche, schwarze Schnürstiefel mit Lackschneid. Wahrscheinlich ist G. identisch mit dem gesuchten Mag. Graf aus Berlin. (S. 664.2 J. 12.)

Zu Beachtung!

Alle Ortsverwaltungen, die an den Vorstand schreiben und für Mitglieder Anträge auf irgend eine statutarische Unterstützung begünstigen, insbesondere Anträge auf Abregelungs- und Umzugsunterstützung, haben von den Antragstellern die genauen Namen, deren Wohnort, das Datum sowie die Serie, die Buchnummer, das Aufnahme- und die Beitragsklasse anzugeben, und endlich auch über die Beitragsleistung zu berichten. Die Unterdrückung dieser notwendigen Bedingung erschwert die Erledigung der gestellten Anträge und führt zu unliebsamen Verzögerungen zum Schaden der Mitglieder. Es liegt deswegen im Interesse aller, wenn vorstehendes immer berücksichtigt wird, weil in den meisten Fällen eine schnelle Erledigung gewünscht wird.

Abrechnungen.

Abrechnungen vom 1. Quartal 1912 müssen bis 25. April in Händen des Vorstandes sein, weil sie zur Berichterstattung für die bevorstehende Generalversammlung noch bearbeitet werden sollen. Alle Revisoren haben auf die Aufstellung der Abrechnung zu drängen.

Markensendungen.

Es wird häufig Klage geführt darüber, daß Markenbestellungen oft nicht rechtzeitig in den Besitz der Besteller gelangen. Die Klagen sind berechtigt und liegt die Schuld daran bei den Bestellern selbst. Wir müssen dringend wünschen, alle Bestellungen, als Marken oder andere Artikel, dazu gehören auch Zuschüsse, so frühzeitig aufzugeben, damit sie auch erledigt werden können. Bestellungen, die erst Freitag oder Sonnabend in unsere Hände kommen, können nicht schon am gleichen Tage im Besitz der Besteller sein. Wenn sich eine Bestellung notwendig macht, wie nach der Abrechnung, dann prüfe man doch bitte einmal, ob auch andere Artikel notwendig sind. Es kommt sehr häufig vor, daß Besorgmächtigte in einer Woche 3, 4 ja 5 mal Bestellungen machen und sie dringend verlangen. Diese Bestellungen, die so verspätet und nacheinander eingegeben, können dann niemals rechtzeitig in die Hände der Besteller gelangen; es müssen unliebsame Verzögerungen eintreten, die dazu die Arbeit verzeiteln und viel Geld kosten. Der Vorstand.

Anträge zur Generalversammlung

sind nur in Mitgliederversammlungen zu stellen und durch die Verwaltung bei dem Vorstand einzureichen.

Alle Anträge sind auf einem besonderen Papier und nur auf einer Seite beschriftet einzureichen.

Die Stimmzettel haben in der Zeit vom 7. April bis einschließl. 14. April stattzugeben und sind die Reklame bis spätestens den 16. April an den Vorsitzenden der Wahlsprüfungskommission, 3. Wegner, Bremen, Gaffelstraße 36, zu senden. Wahlreklame, die nach Ablauf dieses Termins eingelegt werden, finden keine Berücksichtigung.

Die Wahlen sind nach den Bestimmungen des Wahlreglements (siehe Statut Seite 19 und 20) vorzunehmen.

Der Vorstand. J. A. C. Deichmann.

Abrechnungen für das 1. Quartal 1912 wurden von nachstehenden Zahlstellen in der Zeit vom 1. bis 9. April beim Vorstande eingeleitet:

1. Gau: Gaderförde, Blankensee, Bredstedt, Volzenburg, Altenburg, Remmstedt, Hamburg.
2. Gau: Bremen-Gemeinden, Varel, Eslingen, Bremen, Ahim.
3. Gau: Ganderheim, Wolfenbüttel, Burg b. Magdeburg, Drantenbaum, Verburg, Agerleben, Wernigerode, Hershansen.
4. Gau: Rottburg o. L., Wansfried, Bovenenden.
5. Gau: Reingo, Gr. Achen, Minden, Schimmern, Schätmar, Brake t. Sippe, Wolke.
6. Gau: Drögen, Emmrich.
7. Gau: Langenfelde, Deuchelheim, Niederobendach, N. Progenburg, Wärburg, Hainstadt, Seligenstadt, Frohhausen.
8. Gau: Schwefingen, Felmen, Sandhausen, Dagerheim, Gohramstein, Dehringen, Vörs, Redershausen, Hochdorf, Ostersheim, Beerfelden, Sandhofen, Walldorf, Kellingern, Speyer, Rungloch, Pfungstadt, Unterdörsch.
9. Gau: Brud b. Erlangen, München, Zellbronn.
10. Gau: G. 1. u. 2. Gau.

11. Gau: Gartha, Burg, Ellenburg, Kalkweil, Döbeln, Frohburg, Gänchen, Pirna, Mühlberg, Lunzenau, Frankenberg, Erdmannsdorf.

12. Gau: Strehlen.

13. Gau: Potsdam, Neubamm.

Vom Vorstande sind ernannt:

Ballenbar: Joh. Breh als 1., Joh. Hahndentufel als 2. Bev., Joh. Häuser, Konrad Bahn, Max Queiser als Kontr.
Dehringen: Jakob Girsch als 2. Bev.
Philippsburg: Joh. Bred als 3. Bev.
Heide i. Goltz: E. Brügge als 2. Bev.
Dungelau i. Goltz: Max Scheffler als 1., Bernh. Palm als 2. Bev., Heinr. Strauß als 3. Bev., Paul Heinel, Kasimir Eggert, August Gaus als Kontr.
Bredstedt: Otto Hoffmann als 1. Bev., Bauer, Schuhmacher als Kontrollreure.

Adressänderungen.

Ballenbar: 1. Bev. Joh. Breh, Hellenstr. 73.
Ellenburg: Alle Zuschriften sind an den 2. Bev. Adolf Kreyßmar, Rögernerstr. 6 I, r., zu senden.
Hainstadt: 2. Bev. Ad. Morapaki, Breslauerstr. 332.
Jauer: 1. Bev. Ed. Schwedler, Königr. 12 I.
Heide i. Goltz: 2. Bev. E. Brügge, Mühlstr. 16.
Bovenenden: Alle Zuschriften sind an E. Kappes, Am Tor, zu senden.
Wieschen: 1. Bev. Gustav Thieme, Vorbrüderstr. 9.
Dungelau i. Goltz: 1. Bev. Max Scheffler, Pappelstr. 8, 2. Bev. Bernh. Palm, Töpferstr. 2 I.
Bredstedt: Alle Zuschriften sind an 2. Bev. Joh. Lübeck, Husumerstr. 33, zu senden.
Grewesmühlen: 2. Bev. Paul Nilsson, Alst. Chauffee, Gärtneret, II.

Unterstützungen werden ausgezahlt:

A.-U. = Arbeitslohnunterstützung, K.-U. = Krankenunterstützung, Weihen. A.-U. beim 1. Bev. Gust. Thieme, Vorbrüderstr. 9 (abends 6 1/2 bis 8 Uhr und Sonntags mittags 12 bis 1 Uhr). Seufersberg (K.-U.) A.-U. und K.-U. beim 1. Bev. Ernst Meiß, Brieserstr. 80.
Jauer. A.-U. beim 1. Bev. Ed. Schwedler, Königr. 12 I.

Arbeitsnachweis.

Offene Arbeitsstellen.

Im 7. Gau: 1. geübte Zigarrenmacher zu Tariflöhnen. Nachfragen beim Arbeitsnachweis Franz Schnell, Frankfurt a. M., Götterstraße 11 pt.

Im 9. Gau: 1. geübte Zigarrenmacher zu Tariflöhnen von 8,50 bis zu 20 M. Nachfragen beim „Vorstand der Zigarbeiter-Gewerkschaft Ahlenfelden (Schweiz), Volkshaus. Briefe sind mit 2 M. und Postkarte mit 10 M. zu frankieren.

Vom 1. bis 9. April 1912 sind folgende Gelder bei mir eingegangen: B. = Verbandsbeiträge, G. = Extrabeiträge, F. = Freiwillige Beiträge, L.-M. = Lokalmarken.

31. März: Reulshaus, B. 75, G. 5, Klein-Krotenburg, B. 200, G. 70, Wansfried, B. 108, Minden i. B., B. 150, L. April: Leimen, B. 50, G. 4,50, Penig, B. 28, Deuchelheim, G. 19,75, Gartha, B. 200, G. 27,75, Kalkweil, B. 57, L. April: Ballenbar, B. 11,90, Frohburg, B. 80, Pfungstadt, B. 200, Wernigerode, B. 200, G. 48,25, Rabden, G. 100, Frohhausen, B. 87,90, Brud, B. 120, G. 40,25, L. April: Gänchen, B. 100, G. 79,50, Cottbus, B. 50, Blankensee, B. 30, G. 14,25, Berlin, B. 500, L. April: Achen, B. 50, durch die Generalkommission, Gaffel, L.-M. 0,50, Cottbus, B. 5, (27. Febr.), Eberswalde, B. 5, (22. März), 5. April: Potsdam, B. 40, L. April: Heide, B. 80.

Eruche, die Coupons oder Abschnitte der Zahlkarten stets mit dem Ausdruck des Zahlstellenstempels versehen zu wollen, damit irrtümliche Zahlungen vermieden werden.

Gleichzeitig mache darauf aufmerksam, daß bei Einreichung der Gelder an den Vorstand die Besorgmächtigen nur unsere Zahlkarten benutzen wollen, damit unnütze Postausgaben vermieden werden. Damit die Zuführung von etwas erforderlichen Zuschüssen durch unser Postkonten erfolgen kann, wollen man die Bestellung rechtzeitig beim Vorstand einreichen.

Falls Zahlkarten gewünscht werden, bitte dieselbe auf dem Abschnitt vermerken zu wollen, damit die Zuführung erfolgen kann.

Berichtigung: In Nr. 14 des Zigarbeiter muß es unterm 28. März heißen: Derschauer: 70 M. statt Seifen.

Bremen, den 9. April 1912. B. Nieder-Weland.

Mitglieder-Versammlungen.

Sonntag, den 14. April:
Ahim: Nachm. 4, b. Kühle, L.-D.: Statutenberatung (Ref. Gauleiter Blome), Abrechnung, Verschiedenes.
Barmstedt: Nachm. 3 1/2, b. Edelmann, Bartholomäustr. 1, L.-D.: Abrechnung, Kartellbericht, Stimmwahl, Verschmelzungsfrage, Verschiedenes.
Dehsau: Nachm. 4, Livoli, L.-D.: Abrechnung, Stimmwahl, Verschmelzung, Abrechnung, Verschiedenes.
Reuhaus: Ab. 8, L.-D.: Stimmwahl, Abrechnung, Anträge 3. Generalversammlung, Verschiedenes.
Wolke: Nachm. 5, Kaiserplatz, L.-D.: Quartalsbericht, Kartellbericht, Die zum 1. Mai in Aussicht gestellte Lohnerhöhung, Bericht.
Hersberg: Morg. 10 1/2, Gewerkschaftshaus.
Klein-Krotenburg: Nachm. 3, b. W. Hoffmeister, L.-D.: Abrechnung, Delegiertenwahl, Verschiedenes.
Krotenburg: L.-D.: Abrechnung, Delegiertenwahl
Niederbesen: Nachm. 4, b. Gente.
Montag, den 15. April:
Halberstadt: Bei M. Dollmann, L.-D. wird bekannt gegeben.
Donnerstag, den 18. April:
Hainstadt: Ab. 8, Gesellschafts- u. Raubdorf, L.-D.: Abrechnung, Vortrag M. Stiefel-Berlin über Wert der Lohnkarte, Bericht.
Sonnabend, den 20. April:
Selzenhau: Ab. 8 1/2, Hot. Kreyßmar, L.-D.: Vortrag d. Koll. Rauch-Bittau.
Bredstedt: Nachm. 4, L.-D. wird bekannt gegeben.
Weiskensfeld: Ab. 8 Uhr.

Sonntag, den 21. April:
Rahden: Nachm. 3, L.-D.: Abrechnung, Verschiedenes.

Gestorben:

Am (1) zu Finkevalde Frau Wendt.
Am 1. April zu Fünnebrod Auguste Hoffenkämper aus H. u. b. 19 Jahre alt.
Am 2. April zu Pirna Otto Bernstein aus Döbeln, 57 Jahre alt.
Am 3. April zu Ahim Joh. Segelken aus Bilsen, 69 Jahre alt.

Ehre ihrem Andenken!

Zentral-Kranken- und Sterbekasse der Zigararbeiter Deutschlands.

Bureau: Hamburg 31, Mozartstraße, b. I.
Ausk. u. S. Sidow, Brandenburg a. H., Steinstraße 22.
Scheidgericht: Gg. Feiß, Hamburg 18, Schwedterstraße 54 II.
Eingegangen: Erfurt M. 60, Neulungen 100, Frankfurt 50, Schmöln 100, Berlin 300, Sterbekasse: Erfurt M. 40, Einbützel 150, Berlin 297,60, Reulshaus 83,85.
Zuschüsse: Essl.-Obendorf M. 30, Halberstadt 100, Gladow 30, Ohlau 50, Berlin 100, Reulshaus 100, Wölsch 50, Würzburg 100, Kirschlag 150, Eingenfeld 100, Calu 80, Einbützel 150, Hamburg 110, Braunschweig 100, Reulshaus 38,25.
Frankfurt: b. A. 81.
Erfurt: b. A. 81.

H Beachten Sie diese günstigen Angebote: F

Billige Einlagen:

Carmen Nr. 1310	verz. Mk. 1,10
Domingo „ 1314	„ „ 1,10
Java „ 1727	„ „ 1,05
Uebers. Losblatt Nr. 1448	„ „ 1,05
Uckermärker Nr. 1514	„ „ 0,93
Rebut „ 1585	„ „ 1,05
Kurzugut „ 1552	„ „ 0,90
Uebers. Grus, sehr gut	„ „ 0,52
„ geriss. Rippen	„ „ 0,50

Billige Umblätter:

Carmen Nr. 1556	verz. Mk. 1,30
Domingo „ 1349	„ „ 1,25
Java „ 1652	„ „ 1,50
„ „ 1709	„ „ 1,60
Seedleaf „ 1711	„ „ 1,50
Ambalema „ 1725	„ „ 1,60
Sumatra „ 1703	„ „ 1,50
Pfälzer „ 1615	„ „ 1,20

Billige Decken:

Sumatra Nr. 1693	verz. Mk. 2,—
„ „ 1728	„ „ 2,10
„ „ 1685	„ „ 2,20
„ „ 1687	„ „ 2,50
„ „ 1673	„ „ 2,60
Vorstenlanden Nr. 1675	„ „ 2,20
„ „ 1682	„ „ 2,40
„ „ 1677	„ „ 2,50
„ „ 1651	„ „ 2,60

Jede Bitte, bei Benutzung von vorgedruckten Bestellkarten auf meine Firma zu aditen, da meine Kataloge fortgesetzt in Form, Ausstattung und Inhalt nachgeahmt werden

ca. 14000
gebrauchte Formen
viele moderne Fassons
zurzeit vorrätig
Abbildungen auf Wunsch

Heinrich Franck

Berlin N. 54
Brunner-
Strasse 22.

Gegründet 1879.

Postcheckkonto: Berlin 1738.

Telephon: Amt Norden 4752.

Hermeking & Boy

Berlin N., Brunnenstrasse Nr. 183

Roh-Tabak Bedarfsartikel

Sumatra-Decke, sehr große Auswahl mittel- und hellfarb. Vollblatt, 2. und 3. Ränge à 250, 300, 325, 350, 375, 400 A, Sandblatt 3. Ränge à 325 und 350 A, mittel- u. hellfarb. Lochblatt, 1. und 2. Ränge, à 275, 300, 400 A, Umblatt à 180 A

Vorstenlanden-Decke, 1. und 2. Ränge, buntel, bester Mexiko-Gras, à 260 A, helle Rehröcke à 300, 325, 350, 400 A

Java-Einlagen à 110, 115, 120, 125 A

Java-Anfarbeiter à 130, 135, 140, 145 A

Java-Umblatt à 150, 160, 170, 180, 190, 200 A

Mexiko-Decke, hochfein, à 500 A u. 550 A

Brasil à 150, 165, 185, 190, Decke à 250 A

Havanna à 350 A, Cuba à 200, 250 A

Domingo à 120, 135, Umblatt à 160, 170 A

Carmen à 110, 120 A, Umblatt à 180, 185, 145, 155 A

Uckermärker Ia. 100 A

Lasgut beste überfeine Ware à 105 A

m. Deckblatt-Ramponagen à 125 A

Sämtliche Tabake sind in Bezug auf tabellose weißen u. roten Brand sorgfältig durchprobiert.

Tabakpreise per Pfund verzollt inkl. Verzoll.

Versand unter Nachnahme mit 3% Skonto.

Verlangen Sie Preisverzeichnis mit Beschreibung der Tabake.

Neu! Als ganz besonders preiswert offeriere: Neu!

Fertige Tabakeinlage à Mk. 0.95

Fertiges Tabakumblatt à Mk. 1.50

Jeder Versuch führt zu Nachbestellungen. Man verlange neueste Preisliste

Bernhard R. Müller

Magdeburg, Fürstenwallstr. 9:

Bestes Rohtabak-Versandgeschäft der Provinz. — Gegründet 1886.

Fernruf 4740 Postcheckkonto, Amt Leipzig 700.

Die Rohtabakhandlung

Pabst & Rinneberg

Leipzig, Thomasring 1

empfiehlt sämtliche Sorten

Rohtabake

zur Zigarrenfabrikation.

Abteilung: Klein-Verkauf.

Nur verzollt einschliesslich Wertzoll. — Versand unter Nachnahme bei 3% Abzug. — Preisliste frei!

Jacob Hirsch Jr., Mannheim B 1, 9.

Alle Sorten in- u. ausländischer Tabake zu billigsten Tagespreisen, inkl. Zoll- u. Wertsteuer. Post-Versand per Nachnahme. Ziel nach Uebersendung bei Aufgabe von Ia. Referenzen.

Carl Roland

Berlin SO., Rottbuejerstrasse 4

Sumatra-Vollblatt, tabelloser Brand, pr. Pfund nur M 2.50.

Java-Anfarbeiter, pr. Pfund nur..... M 1.30, 1.35 und 1.40.

Grus rein 80, 60, 90, 100 stets da, präp. fein gefaserte Rippe 35, gross. Umblatt statt 110, 135, 160, 185 10-15 A billiger, helle Decke 3 u. 860 ab 10%, entr. f. Einlage statt 150 f. 125 u. 135.

Kemmler, Rohb., Breslau 6.

Grosses Lager in gebrauchten Wickelformen

Lieferung neuer Formen nach vorrätigen Holzmodellen und Probeformen.

W. Snitker & Steffen

Bünde und Herford

Zigarrenkisten-Fabrik.

Wichtig! Wichtig!

Zigarrenfabrik,

Saupfstr. Hamburgs, brillantes Ladengeschäft mit schöner Wohnung und billiger Miete, 7 Jahre tabellose Existenz, ist wegen Abreise des Inh. zu verkaufen. Erford. 1500 bis 2000 M. Eignet sich besond. f. Zigarren-Off. unt. E. F., Hamburg, Postamt 15, zu richten. [70]

Friedrich Ros aus Fischbeck bei Elbing um seine Adresse bittet [75]

Gottlieb Kramer, 2. Bev., Solgenburg (Elbe), Ringbergstr. 262.

Unsern Kollegen Otto Matthesius und der Kollegen Berth Bernede zu ihrer am 13. April stattgefundenen Beerdigung die herzlichsten Glückwünsche. [78]

Die Wittwenschaft des D. L.-W. S. Sabille Burg b. Magdeburg.

Briefkasten.

Burg 70 A.

Heierweg 40 A.

Kein Interessent

verlange unsere Preisliste 23 und Wickelformbogen einzufordern.

Wir liefern

Zigarrenwickelformen, Kistenpressen, Formenpressen, Arbeitsmesser, Rollbretter, Papier

und tausend andere Artikel, die jeder Zigarrenfabrikant haben muss, neu und gebraucht, in unerschütterlicher Güte zu konkurrenzlos billigen Preisen.

Wer Geld sparen will

besucht seine Rohtabake und Utensilien aus erster Quelle von uns!

L. Cohn & Co., Berlin L. Kreuzstr. 24.

Grosses Lager in gebrauchten Mexiko

Deutschlands grösstes Fabrik und Handelsgeschäft der Rohtabak und Mexiko-Branchen

Meyer & Weiss, Rohtabake, Bünde i. W.

Gründung 1892. — Fernsprecher No. 161. — Gründung 1892.

Verzolltes Lager aller Sorten Tabake und Kontor Bünde-Bahnhof.

Giro-Konto. Reichsbank, Bünde. Postcheckkonto: Hannover No. 3319.

Eigene Transit-Niederlage in Bünde und Amsterdam.

Abgabe jedes Quantums zu billigsten Engrospreisen.

Täglicher Postversand und Zollabfertigung. — Verzollung mit Begleitschein I und II ab eigenem Lager ohne Kosten, auf Wunsch bei geregelter Verbindung mit ärmsten Zolldirekt.

Spezialität in Sumatra- und Vorstenlanden-Decktabaken. Nur tadellos weiss brennende Tabake von 1 Mark an bis zu den feinsten Qualitäten.

Grosses Lager in

Java, Domingo, Carmen, Brasil, Mexiko, Havanna usw.

Vorlangen Sie Preisliste und Muster.

Probe-Postkarte aller Sorten auf Wunsch.

Geschaltene Proben unverkaufter Tabake Durchschnittspreis für Deckblatt-Tabake: I. Sortierung . . . per Pfund 3.00 Mk. verzollt II. Sortierung . . . per Pfund 2.50 Mk. verzollt III. Sortierung . . . per Pfund 2.00 Mk. verzollt von Umbl- u. Einlage-Tabaken: I. Sortierung per Pfund 1.50 Mk. verzollt II. Sortierung per Pfund 1.30 Mk. verzollt Geschaltene fertige Einlage: Java u. Domingo gemischt 1.10 Mk. verzollt Probe-Postkarte von 5 Pfund unter Nachnahme. Bei grösseren Posten Ziel nach Uebersendung. Jeder Versuch führt zu geregelter Verbindung. [12]